

nicht böser Wille, aber seine sonstigen Geschäfte verhindern ihn eben daran, sich der parlamentarischen Thätigkeit in der nöthigen Weise zu widmen. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten hat sich zwischen Dir, Elm, und mir, noch eine langjährige Freundschaft erhalten, aber vorn am Bug hat das Schiff ein Loch. (Heiterkeit.) Noch einige solche Dinge, dann werden wir darüber reden, ob die Geschichte nicht ein Ende haben muß. (Heiterkeit.)

Bruhns-Breslau: Aus meiner Kenntniß der polnischen Angelegenheiten heraus möchte ich auch einige Worte sagen. Auf die internen Polen-Angelegenheiten gehe ich nicht ein; das hieße sich in ein Labyrinth von persönlichen Angriffen und unsachlichen Anschuldigungen verirren. Ich weiß nicht, was Haase eigentlich veranlaßt hat zu seinen Angriffen; der Antrag Gogowski-Luzemburg bot doch wahrhaftig keine Handhabe; ich habe den Einbruch, es sollte die Gelegenheit ergriffen werden, auf gewisse Genossen, insbesondere die Genossin Luzemburg persönliche Angriffe richten zu können. Ich bebauere, daß die alte Streitfrage wieder ausgegraben wurde. Diese persönlichen Streitigkeiten zwischen den deutschen und polnischen Genossen auf jenem Arbeitsgebiet haben beiden Theilen und damit der Sache selbst geschadet.

Wenn aber gesagt ist, von den deutschen Genossen sei dort nichts geleistet worden, so muß ich dem ganz energisch widersprechen, wir müssen da doch den Spieß einmal umdrehen. Ich muß sagen, daß von Denjenigen, die diese persönlichen Angriffe immer erheben, nichts oder wenig geleistet worden ist; für die Thätigkeit von Winter aber, bei der ihn auch besonders die Genossin Luzemburg unterstützt hat, spricht das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen. Vom praktischen Standpunkt, vom Standpunkt der geleisteten Arbeit aus haben Winter und Luzemburg recht und Haase und seine Freunde unrecht. Er hätte Ursache, so lange zu schweigen, bis er das an wirklicher Leistung aufweisen kann, was die andere Seite geleistet hat. (Zustimmung.)

Ein von Storch-Stettin gestellter Schlußantrag wird angenommen.

Persönlich bemerkt Rosa Luxemburg: Unbarm ist des Menschen Lohn. Seit Jahren habe ich kein Wort mehr über meine nationalitätlichen Landsleute gesagt und nun soll ich schuld an allem Bösen sein. Dem deutschen Partei-Vorstand sind die Thatsachen zum Glück sehr genau bekannt. Ich kann nur bebauern, daß eine solche Debatte hier einsehen konnte. Ich habe sie nicht provoziert. (Haase: Doch! Widerspruch.) Ich habe dabei jenes Gefühl des russischen Ministers Murawiew gehabt, dem er, als sein sonst schweigender Bruder, der General, unerwartet eine Rede gehalten hatte, folgende Worte küh: „Was jetzt wußte ich allein, daß mein armer Bruder kein Genie ist, jetzt weiß es die ganze Welt.“ (Große Heiterkeit.)

Das Schlußwort hat

Singer: Wolkenbühl hat darauf hingewiesen, daß es sich niemals vorausberechnen läßt, wie eine Verhandlung sich abspielt, welche Zwischenfälle sich dabei ereignen. Wie recht er hat, wie schwer es ist, im Voraus zu sagen, welcher Gegenstand die Debatte füllen wird, dafür ist der heutige Nachmittag der beste Beweis. (Große Heiterkeit.) Aus der Erörterung der politischen Thätigkeit der deutschen Sozialdemokratie, die wir vornehmen wollten, ist eine ausgewachsene Polen-Debatte geworden. (Große Heiterkeit.) Ich will in sie nicht auch noch eingreifen, fühle mich aber verpflichtet, aus meiner langjährigen Kenntniß der Parteivorgänge zu konstatieren, daß die Angriffe des Genossen Haase, die mit allerhand persönlichen Invektiven gespickt waren, während er sich selbst über Invektiven beklagte (sehr gut!), durchaus nicht am Platz waren. (Sehr richtig!) Was in Posen und Oberschlesien an Erfolgen nicht für polnische Parteien, sondern für den Gedanken der internationalen Sozialdemokratie errungen worden ist, das verdanken wir in hohem Maße der Thätigkeit der von Haase so angegriffenen Personen. (Sehr richtig!) Wenn Genosse Haase sich

unbeschadet seiner polnischen Nationalität dem Rahmen der deutschen Sozialdemokratie einfügt, dann wird hoffentlich die Zeit kommen, wo er einseht, daß er heute viel zu hart geurtheilt hat. Ich will nicht leugnen, daß in dem Maße, in dem von Deutschland versucht wird, die polnische Nation zu unterbrücken, sich das polnische Gefühl dagegen emporkümmert. Das beweist doch der von Rosa Luxemburg begründete Antrag. Jedenfalls hat der stundenlange Streit einzelner polnischer Genossen unter sich nicht gerade zur Erbauung des Parteitages beigetragen. (Sehr richtig!)

Nun noch einige Worte zur sonstigen Diskussion. Hoffmann glaubte dem Bericht über die parlamentarische Thätigkeit einen Irrthum nachweisen zu können. Seine Auffassung ist aber falsch, wenn ich auch zugebe, daß das Wort „meist“ hätte fortbleiben können. Die Wünsche Schmalfeld's und Hoffmann's über die Seemanns-Ordnung entsprechen durchaus den Intentionen der Fraktion. Wenn der Entwurf einer Seemanns-Ordnung von der Regierung nicht wieder vorgelegt werden sollte, werden wir mit einem eigenen Antrag erscheinen.

Der weitere Theil der Diskussion hat sich mit dem Antrag Hirschke beschäftigt. Mehr oder weniger aber waren es Streitigkeiten einzelner Hamburger Genossen unter einander, die dabei zur Erörterung kamen. Es wäre eine schöne Frucht unserer Parteitage, wenn sich die Gepflogenheit einbürgerte, den Parteitag nicht als Ort zu betrachten, auf dem mehr oder weniger kleine persönliche Mißhelligkeiten erörtert werden. Außerhalb Hamburg-Altona haben die Genossen kein so lebhaftes Interesse an diesen Dingen, die hier so lange diskutiert wurden. (Sehr richtig!) Gegen den Wunsch, den der Antrag Hirschke ausdrückt, hat Niemand etwas einzuwenden. Nun streitet man sich herum, ob wirklich 23 Reichstags-Abgeordnete gewählt haben, und was Alles hätte passieren können. Elm hat aber wirklich recht: ein Mann, der das Vertrauen genießt, als Abgeordneter gewählt zu werden, besitzt auch Urtheilsfähigkeit genug, um zu wissen, ob seine Anwesenheit in Berlin erforderlich ist. Vorwürfe könnten doch nur dann erhoben werden, wenn wirklich etwas versäumt oder vernachlässigt worden wäre. Das ist aber nicht geschehen. Nach der ganzen Sachlage war damals anzunehmen, daß tagelang über den § 1 diskutiert werden würde. Da beantragt unser unfreiwilliger Mitarbeiter v. Stamm (Heiterkeit) in voller Unkenntniß der Geschäftsordnung plötzlich Kommissionsberatung, ohne zu wissen, daß mit dem Moment, wo dieser Antrag abgelehnt wird, die ganze Sache erledigt ist. Für so ungeschickt konnten mir unsere Gegner nicht halten. (Heiterkeit.) Unsere Abgeordneten erfüllen ihre Pflicht, an Ort und Stelle zu sein, soweit ihre sonstige Thätigkeit es irgendwie zuläßt, in vollem Umfange. Es spricht für die Fraktion, daß der Bericht zu keinen anderen Umständen Anlaß gegeben hat. (Beifall.)

Es wird abgestimmt. Der Antrag 52 wird einstimmig angenommen. Die Anträge 53, 54, 69 werden abgelehnt. Der Antrag 70 wird angenommen.

Es folgt der fünfte Punkt der Tagesordnung: **Die Organisation der Partei.**

Hierzu liegen außer dem Entwurf der von der Reichstags-Fraktion eingesetzten Kommission vor die Anträge 13 bis 35, 61, 71, 73, 74, 76 und die Resolution 72.

Singer schlägt vor, nach dem Bericht des Referenten eine Generaldiskussion eintreten zu lassen und dann je nach dem Verlauf der Verhandlung den Entwurf mit einem der Anträge einer Kommission zu überweisen.

Das Referat hält

Muer: Ich glaube nicht, daß ich heute schon berufen werden würde, über den Gegenstand zu sprechen. Ich kann zwar nicht sagen, daß

ich unvorbereitet spreche, aber die einzelnen Anträge, die jetzt während der Verhandlungen erst gestellt worden sind, genau zu prüfen, dazu bin ich nicht gekommen. Sie wissen, aus welchem Anlasse wir diesen Punkt auf die Tagesordnung gestellt haben: aus Anlaß der reichsgesellschaftlichen Aufhebung des Koalitionsverbots. Daß, soweit dadurch uns früher entgegenstehende Schwierigkeiten jetzt beseitigt worden sind, wir entsprechende Änderungen in unserer Organisation treffen müssen, darüber ist in der Gesamtpartei nur eine Stimme; auseinander gehen die Meinungen nur, ob es notwendig sei, eine grundsätzliche Änderung in der Organisation herbeizuführen.

Es ist in der Presse der Gedanke zum Ausdruck gekommen, eine stramme zentralistische Form für die Organisation der Partei wieder einzuführen. Es sind diesbezüglich auch die Anträge 13, 35 und 68 gestellt. In der Presse wurde darauf hingewiesen, daß die lose Form der Organisation, die sich im Laufe der Jahre herausgebildet hat und mit der wir im großen Ganzen auch so ziemlich zurecht gekommen und ganz respectable Erfolge erzielt haben, zu beseitigen sei. Auch in der Kommission, die von der Reichstagsfraktion eingesezt wurde, die nötigen Vorschläge zu machen, und in der Fraktion selbst und im Vorstand hat es an Anregung der Frage, ob eine grundsätzliche Änderung vorgenommen werden solle, nicht gefehlt. Ich glaube nicht zu viel zu behaupten, wenn ich sage, daß mindestens zwei Drittel aller Personen, die zu den Vorberatungen zugezogen wurden, zweifellos mehr oder minder Anhänger der zentralistischen Richtung in der Organisationsform sind. Trotzdem ist man nach näherer Ermägung, und nachdem die tatsächlichen Verhältnisse, wie sie sich im Laufe der Jahre gebildet haben, allseitig erörtert und erklärt worden sind, zu der Ueberzeugung gekommen, daß es vollständig genügt, den Rahmen unserer Organisation, wie wir sie auf Grund des Hallenser Statuts haben, beizubehalten und nur diejenigen Änderungen zu treffen, die absolut notwendig und nützlich erscheinen durch die Änderungen der Gesetzgebung. Diese Ueberzeugung hat die große Mehrzahl der Fraktion, soweit die Fraktionsgenossen sich an dieser Beratung beteiligten, kundgegeben. Ich muß dabei freilich auch zugestehen, daß auch bei diesen Beratungen nicht alle Fraktionsgenossen immer anwesend gewesen sind (Geiterkeit); ob das den Beratungen überhaupt etwas geschadet hat, darüber erlaube ich mir kein Urtheil (Geiterkeit). Auf alle Fälle kann ich konstatieren, daß die, die da waren, mit Fleiß, Lust, Liebe und Sachkenntnis an diesen Beratungen sich beteiligt haben. Was ich über die Fraktion sagte, gilt auch für den Partei-Vorstand und für die eingesezte Kommission.

Ich glaube auch, daß die Genossen, die meinen, in der gegenwärtigen Organisation komme der Gedanke der Zentralisation nicht genügend zum Ausdruck, sich nicht ganz klar darüber orientiert haben. Unsere Organisation entbehrt durchaus nicht derjenigen Momente, deren Förderung durch das stramme, feste Zusammenhalten erzielt und angestrebt wird. Wollen wir doch festhalten, daß das Hallenser Statut und auch die Vorlage, die wir Ihnen unterbreitet haben, zum Beispiel ganz strikte Bestimmungen über die Zugehörigkeit und den Ausschluß aus der Partei, über die lokale Gliederung in der Partei, weiter über die Parteileitung und über die Kontrolle enthalten. Ebenso ist durch unser Statut gesorgt für das allgemeine Kaswesen der Partei; weiter liegt es in der Schaffung einer Parteileitung, Kontrolle und in der Organisation, wie sie gestaltet und wie sie beibehalten werden soll, daß die Agitation, soweit sie von einer Zentralkasse aus überhaupt geteilt und geführt werden kann, die nötige Direktive erhält. Wir haben weitere Bestimmungen über den Gesamt-Parteitag, über die Parteipresse, also doch so ziemlich über Alles, was wir in der Partei Gemeinsames haben, wofür gemeinsame Interessen vorhanden sind und auch eine gewisse gemeinsame Richtschnur nach meiner Ueberzeugung

notwendig ist. Also so ganz lose, so ganz führerlos und richtungslos sind wir mit unserer Organisation nicht. Ich will dabei auch, und das ist meine feste Ueberzeugung, aussprechen, daß es überhaupt nicht so sehr auf den Buchstaben des einzelnen Paragraphen ankommt, als wie auf den Geist, der die Gesamtheit durchweht; und täuschen wir uns auch darüber nicht: bei allen Organisationsfragen spielen auch die persönlichen Fragen, die Personen, die in Betracht kommen, eine ganz wesentliche Rolle. Wenn es mit dem Schaffen guter Statuten schon gethan wäre, dann hätten befreundete Parteien im Auslande ganz gewaltige Fortschritte gemacht. Ich könnte Ihnen Länder nennen, deren sozialistische Parteien fast alle paar Jahre ganz neue Organisationsstatuten, ganz neue Einrichtungen treffen und doch nicht vorwärts kommen; wir aber sind vorwärts gekommen zu einer Zeit, wo wir eine geschriebene Organisation überhaupt nicht hatten, wenigstens war sie von der preussischen Polizei verboten gewesen. Also es hängt nicht immer von dem Buchstaben, von den Paragraphen ab, sondern der Geist, der die Bewegung durchflutet, die Personen, die die Angelegenheiten der Partei zu führen und vor allen Dingen auszuführen haben — und da denke ich nicht nur an die paar vorne Stehenden, sondern ganz besonders an die große Masse — das Alles hilft zusammen; und wenn es da fehlt, dann helfen uns auch die schönsten in Paragraphen formulirte Vorschläge nicht. Indessen die letzteren sind auch notwendig.

Dies vorausgeschickt, will ich mich an unseren Entwurf heranmachen. Ich wiederhole also, daß ich der Meinung bin, wir können den Vorschlägen, wie sie in den Anträgen 13, 35 und 68 ausgesprochen sind, nicht folgen. Antrag 68 sieht damit nur scheinbar in Zusammenhang, aber er spricht doch die straffe, schärfste Organisation aus, die es überhaupt giebt, er berührt vor Allem einen Punkt, wo die Partei sehr empfindlich ist, nämlich ihr Portemonnaie. Wie Alles, was übertrieben wird, in das Gegenteil umschlägt, so brauche ich wohl kaum ein Wort darüber zu verlieren, daß, wenn dieser Antrag angenommen würde, wir den allerschlimmsten Wirrwarr, unendlich große Kosten dadurch herbeiführen.

Ich meine, wir stellen uns auf den Boden der Vorlage, und da werde ich mich in meinen Ausführungen hauptsächlich an die Punkte und Paragraphen halten, die in der Diskussion, in der Parteipresse und in Versammlungen am meisten angefochten sind.

§ 1 ist in der bisherigen Form beibehalten. Er handelt von der Zugehörigkeit zur Partei und lautet wie bisher, nur daß die paar Worte angehängt sind: „und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstügt“. An diesem Verlangen hat man sich gestoßen. Ein alter Bekannter, der Weber aus dem Sulzgebirge, der gar kein Geld hat, von dem verlangen wir mit einem Male, er solle seine Parteigenossenschaft auch durch Geldbeiträge bekunden. Der Entwurf ist so alt, wie wir in Deutschland eine organisierte Sozialdemokratie haben. Er ist aufmarschirt gegen die Zehnpfennig-Beiträge im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein und gegen die Eisenacher Organisation. Merkwürdig ist nur, daß dieser alte und sich immer wieder einstellende Bekannte nie von da gekommen ist, wozu man ihn immer verlegt hat, daß es nicht die Weber in dem Sulz- und Erzgebirge selbst gewesen sind, sondern immer Parteigenossen aus Orten, in denen, soweit man bei Arbeitern überhaupt davon reden kann, ein gewisses Wohlbestehen vorherrscht. Nur sind wir ja Alle darüber einig, daß wir es auch halten mit dem alten Sprichwort, daß, wo nichts ist, auch der Kaiser sein Recht verloren hat. Ich meine, daß alle diese Einwürfe und Bedenken, die ja theilweise sehr dramatisch in der Presse und Versammlungen uns vor Augen geführt wurden, einfach nicht haltbar sind. Dieser Paragraph spricht nur die Regel aus; in Bezug auf die Einzelheiten, auf die Ausführung

dieser Vorschriften, ist den Genossen der einzelnen Orte der weiteste Spielraum gelassen. Nur auf das Prinzip kommt es an, und darüber müssen wir uns eben keiner Läufchung hingeben: zum Kriegsführen gehört Geld, Geld und nochmals Geld! Wir sind nicht im Stande, unsere Zwecke zu fördern, unserem Ziele zuzukommen, wenn nicht unsere Genossen, soweit ihre Kräfte reichen, auch dafür materielle Opfer bringen. Das ist auch zu allen Zeiten in der Partei anerkannt worden; darüber hat es nie einen Streit gegeben und es ist wunderbar, daß aus Ortsschaften, Provinzen und Ländern, aus Versammlungen und Vereinen, die in ihren Statuten ganz ausdrückliche Bestimmungen über Geldbeiträge haben, sich Stimmen dagegen erheben, sobald die Partei dabei in Frage kommt. Nehmen Sie irgend solch' ein Organisationsstatut zur Hand: überall heißt es, der Beitrag beträgt so und so viel, und in der Regel findet sich noch die Bestimmung darin, daß, wenn dieser Obolus in so und so viel Wochen nicht geleistet ist, dann wird der Betreffende nicht mehr als zugehörig betrachtet. So weit gehen wir noch garnicht. Eine solche Bestimmung hat auch von jeher gegolten. Als wir vor 25 Jahren die neue Organisation in Gotha schufen für die geeinte Partei, haben wir nicht einen Augenblick angestanden auszusprechen, daß die Parteigenossen die Vertretung der Arbeiterinteressen, „thätig durch Geldopfer“, wie es damals hieß, unterstützen. Und um ein ganz klassisches Beispiel auszuführen: in den Statuten der internationalen Arbeiterassociation — und Sie werden mir zugeben, die Genossen, die sie geschaffen, haben doch auch ungefahr genützt, was für Arbeiterorganisationen angebracht ist und was den Arbeitern zugemutet werden kann — heißt es: „Sitz und Stimmrecht auf dem Kongress wird in Zukunft nur den Delegirten solcher Gesellschaften, Zweige oder Gruppen gestattet, welche Bestandtheile der Internationale bilden und ihre Beiträge dem Generalrath entrichtet haben.“ Ich meine, was sich die internationale Arbeiterassociation erlauben konnte, können mit gutem Fug und Recht wir uns auch erlauben. Wir brauchen wirklich hier nicht den Sentimentalen zu spielen.

Es sind nun dazu die Anträge 14 bis 18 gestellt worden. Die Kreise Berlin I bis III und Stettin fordern, den § 1 des Organisations-Statuts unverändert zu belassen. Da will ich Ihnen mittheilen, wie dieser Wortlaut in Halle entstanden ist. Ich habe der großen Kommission von 25 Mitgliedern, die das Organisations-Statut in Halle berieth, auch angehört. Nicht die Rücksicht auf die armen Genossen hat uns dazu bestimmt, die Forderung der direkten Leistung von Geldmitteln fortzulassen, sondern in dem ersten Entwurf war die Forderung ausdrücklich enthalten. In der Kommission aber wurde mit Recht der Einwand gemacht, daß nach einer ganzen Reihe von obergerichtlichen Entscheidungen in der einfachen Thatsache, daß die Zugehörigkeit zur Partei durch Leistung irgend welcher, wenn auch nicht genau spezifizirter Beiträge bekundet werden kann, das Merkmal einer Vereinszugehörigkeit gefunden werden kann; und weil wir damals glaubten — es ist uns ja auch gelungen — ein Statut schaffen zu müssen, an das die Polizei nicht heranköme, sagten wir: das brauchen wir den Genossen garnicht zu sagen, das wissen sie schon selber, und deshalb ist damals der Hinweis auf die Geldopfer unterblieben, aus keinem andren Grunde. Aber ich glaube, heute schadet es garnichts, wenn wir den Genossen auch noch besonders sagen: Hört, vergeßt auch den Nervus rerum nicht!

Es liegen noch einige weitere Anträge vor. Die Parteigenossen in Erfurt wollen, daß gesagt wird, wer die Partei durch Geldmittel „oder anderweitig in gleichwerthiger Weise“ unterstützt. Genosse Heinrich Schulz stellt einen ähnlichen Antrag. Es schadet nichts, wenn diese Aenderung erfolgt, aber Werth hat sie nicht. Daß Jemand, der kein Geld hat, etwa durch Spenden von Naturalien seine Zugehörigkeit bekundet, das wollen doch auch

die Antragsteller nicht. Ich halte es für überflüssig, diese Anträge anzunehmen. Die Parteigenossen in Eberfeld wollen die Zugehörigkeit abhängig machen davon, daß Jemand „die Partei dauernd durch Geldmittel sowie durch Thätigkeit möglichst unterstützt.“ Da ist also die „Thätigkeit“ neu. Nun, die Thätigkeit ist selbstverständlich auch etwas, worüber wir garnicht erst zu reden brauchen. Die Parteigenossen in Berlin IV beantragen, hinter die Worte „dauernd durch Geldmittel unterstützt“ zu sagen: „oder durch anderweite Thätigkeit fördert“. Das ist doch etwas zu weit gefaßt. Was soll es denn heißen „durch anderweite Thätigkeit“? Vielleicht durch Spazierengehen? Das ist natürlich nicht von den Antragstellern gemeint, aber wenn man sich aufs Täufeln legen will, so könnte man auch das darunter verstehen. Ich möchte Sie dringend bitten, § 1 so wie er vorgeschlagen ist, anzunehmen und alle Anträge abzu lehnen. Sollte es aber dem Einen oder Andern gelingen, noch eine schönere und bessere Form für denselben Gedanken zu finden, so darf ich Namens der Kommission erklären, daß wir auf die Form garnicht verpicht sind. Die ist uns sehr gleichgiltig, die geben wir preis für den ganzen Entwurf, wenn nur die Sache gefördert wird.

Gegen § 2, der von der Parteizugehörigkeit handelt, sind sehr wesentliche Einwände gemacht. Jetzt haben über die Zugehörigkeit zur Partei die Genossen der einzelnen Orte die Entscheidung zu treffen, und gegen diese Entscheidung steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu. Wir schlagen nun vor, daß die Entscheidung über die Zugehörigkeit in erster Linie dem Partei-Vorstande nach Anhörung der Genossen der einzelnen Orte zustehen soll. Aus dieser Bestimmung hat man ungemein Schlimmes herausgefunden. Man behauptet zwar, daß man dem Partei-Vorstand in seiner jetzigen Zusammenfassung nicht so vieler Schlichtigkeiten für fähig hält, aber, so sagt man, es könnte nach dem heutigen guten Vorstand ein schlimmer kommen, der das ihm eingeräumte Recht mißbrauchen könnte. Gewiß, auch ich bin der Ueberzeugung, daß es einen besseren Partei-Vorstand als den bisherigen überhaupt nicht geben kann (Geiterkeit), aber wir wollen doch nicht hoffen, daß einmal ein so schlechter Vorstand kommt, daß er diese Bestimmung mißbrauchen könnte. Was wurde nicht Alles in Versammlungen und in der Presse gesagt! Da hieß es, der Partei-Vorstand könnte einmal zunächst zwei seiner Mitglieder ausschließen, dann schließt er aus der Kontrolle alle Diejenigen aus, die ihm nicht süßam sind, dann schließt er alle Delegirten des Parteitags aus, die ihm nicht genehm sind, und dann kommt die Diktatur, der Terrorismus und der Himmel weiß sonst was. Ich habe mich nur gewundert, daß der betreffende Kritikkreuzer nicht noch weiter gegangen ist und darauf hingewiesen hat, daß die übrig bleibenden drei Vorstandsmitglieder den Dritten ausschließen, die Parteikasse theilen und nach China auswandern. (Geiterkeit.) Es gehört die ganze Erkenntniß vom Wesen der Partei dazu, eine solche Möglichkeit überhaupt anzunehmen. Was bliebe denn einem solchen Dreimänner-Kollegium überhaupt noch übrig? Ich möchte den Parteitag erleben, den diese drei Männer einberufen; da käme vielleicht Schiller's Wort zur Geltung: Nehmet Holz vom Fichtenstamme, doch recht trocken laßt es sein! (Große Geiterkeit.) Natürlich gebe ich zu, daß man gegen das dem Vorstand eingeräumte Recht auch Einwände erheben kann, die nicht unbegründet sind, und ich selbst gehöre durchaus nicht zu den Verehrern dieser Bestimmung, obwohl ich sie vorgeschlagen habe, ich bin dabei der Parteigeschichte gefolgt. Schon in der vor 25 Jahren in Gotha geschaffenen Organisation war die Bestimmung enthalten, daß Genossen, welche gegen das Interesse der Partei handeln, vom Vorstand ausgeschlossen werden können, daß sie aber das Recht der Berufung an den Partei-Kongress haben. Das hat mich zu meinem jetzigen Vorschlage veranlaßt. Es ist mir nicht bekannt, daß jemals mit dieser Bestimmung seitens des Vorstands Mißbrauch getrieben ist; das

Gegenteil trifft vielleicht eher zu. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Gefahr eines ungerechten Ausschusses viel weniger in Betracht kommt, wenn der Ausschluß vom Partei-Vorstand abhängt, als wenn die Kleinsten lokalen Verhältnisse mitsprechen. (Sehr richtig!) Fast alle Ausschüsse, die bisher brüsk erfolgten, haben den Beigeschmack der Zänkerelei und Eifersüchtelei gehabt. Nur zu oft war der Grund der, daß der betreffende Ort für zwei Alexander nicht groß genug ist. Der Partei-Vorstand mag zusammengesetzt sein, wie er will, er wird immer das Bestreben haben, in solchen Fällen auszugleichen und Ungerechtigkeiten zu vermeiden; er schreibt die schönsten, eindringlichsten und herzbewegendsten Briefe (Heiterkeit) an die Genossen und bittet sie um der gemeinsamen Sache willen, nicht durch Zwistigkeiten den Weg zu unserem großen Ziel zu stören. Wenn aber der Partei-Vorstand jemand ausschließt, so kann es sich nur um Fälle handeln, die über den engeren Rahmen hinaus Interesse haben, nur Personen, die über den engen Kreis ihrer Wirksamkeit weit hinaus bekannt sind. Ich erinnere an den Fall, der ja auch in der Diskussion in der Presse genannt ist, Sie wissen, wen ich meine. Heute zweifelt kein Mensch mehr daran, daß der Vorstand recht hatte, als er sagte: Für die Handlung dieses Mannes übernehmen wir keine Verantwortung mehr. Und doch waren wir nicht in der Lage, einen entscheidenden Beschluß herbeizuführen, weil die Genossen am Ort sich nicht überzeugen konnten, daß der Vorstand recht und die betreffenden Personen Unrecht hatten. Ähnliche Fälle sind schon öfter dagewesen und deshalb müssen wir dafür sorgen, daß der Mißstand, der zweifellos in der bisherigen Fassung des § 2 liegt, beseitigt wird. Wenn Sie aber glauben, daß der Vorstand mit dieser unerquicklichen Sache nicht befaßt werden soll, so kann ich aus langjähriger Erfahrung die Versicherung geben, daß Ihnen Niemand dankbarer sein wird, als der zukünftige Vorstand. Ein Weg zur Vermittlung ist gegeben durch den Antrag der Genossen in Wiesbaden, betreffend die Einrichtung eines Schiedsgerichts; nur würde ich bitten, noch hinzuzufügen, daß das Schiedsgericht vom Vorstand zu berufen ist.

§ 3 ist wesentlich, er handelt von der lokalen Gliederung der Partei. In Halle kam es darauf an, die neu zu schaffende Organisation vor der Auflösung und der Kollision mit dem Koalitionsverbot zu bewahren; wir haben uns deshalb auf das System der Vertrauensmänner gestützt. Falsch ist es, daß in Halle ein verbändlerischer Entwurf vorlag und daß es dem Einfluß eines Genossen gelungen ist, diesen Entwurf zu Fall zu bringen. Nein, der Gedanke des Vertrauensmännerystems, überhaupt der ganze Organisationsentwurf, wie er in Halle geschaffen ist, ist mit einer ganz minimalen Änderung, dem Parteitage damals unterbreitet worden. Das Vertrauensmännerystem ist eingeführt in Folge des Koalitionsverbots, das System hat sich bewährt. Heute fragt es sich: Zentralisation, gestützt auf Lokalvereine oder Beibehaltung der losen Form der Organisation durch Vertrauensmänner. Wir haben in der Kommission versucht, die widerstrebenden Interessen auszuföhnen und eine Form zu finden, die den Genossen da, wo sie sich der festen, strammen Organisation des Lokalvereins bedienen können, diese Möglichkeit einräumt, zugleich aber den Genossen, bei denen die Gründung eines Lokalvereins aus irgend welchen Gründen nicht angängig ist, es zu ermöglichen, durch Vertrauensmänner ihre Parteinteressen wahrzunehmen.

Wir haben in die alte Bestimmung neu aufgenommen, daß die zur Wahrnehmung der Parteinteressen berufenen Genossen auch in zu diesem Zweck einberufenen Vereinsversammlungen gewählt werden können. Während wir bisher ausdrücklich verlangten, daß diese Wahlen nur in öffentlichen Parteiversammlungen stattfinden dürfen, lassen wir jetzt auch die Möglichkeit der Wahl in Vereinsversammlungen offen. Der Vertrauensmann selbst soll bleiben.

Wer dieser Vertrauensmann ist, kann der Zentralleitung ganz gleichgiltig sein. Bisher mußten wir mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen daran festhalten, daß der Leiter eines politischen Vereins unter keinen Umständen mit dem Amt eines Vertrauensmanns betraut wird. Das ist in Zukunft nicht mehr nothwendig. In Zukunft können die Genossen an den einzelnen Orten sehr wohl auch ihre Vereinsleiter beauftragen, die Verbindung mit dem Zentral-Vorstand zu unterhalten. Für den Vorstand ist der Betreffende nur nicht der Vereinsvorsitzende, sondern der Vertrauensmann des Orts. Wenn die Genossen aber glauben, daß es besser ist, neben dem Vortzenden eine andere Person mit dem Amt des Vertrauensmanns zu bekleiden, so können sie es thun. Darüber ist nichts vorgeschrieben. Vorgeschrieben ist nur, daß überall ein Genosse da sein muß, der die Aufgabe hat, die Verbindung mit der Zentralleitung herzustellen. Weiter ist es freigestellt, diese Personen in öffentlichen oder in Vereinsversammlungen zu wählen. Das ist geschehen, weil vielfach die Leitung der Parteianglegenheiten einem Verein nicht übertragen werden kann und weil es im größten Theil Deutschlands für die Frauen überhaupt kein politisches Versammlungsrecht giebt. Würden wir allgemein fordern, daß nur die Vereine in den einzelnen Orten die Partei repräsentiren, dann würden wir die Frauen in Preußen, Bayern, Sachsen und einigen kleinen Ländern thatsächlich aus der Partei ausschließen; das wollen wir nicht, das können wir nicht. In andern Ländern wie in Württemberg, Baden, Hessen und in den Hansastädten können die Frauen Mitglieder von politischen Vereinen sein, und unsere württembergischen Genossen haben ja auch die Frage bereits gelöst, indem sie sich eine Landesorganisation geschaffen haben, die zugleich auch die Partei gegenüber dem Gesamt-Vorstand repräsentirt. Die bayerischen Genossen haben etwas Ähnliches verschlossen, ohne Rücksicht darauf, daß bei ihnen Frauen nicht Mitglieder politischer Vereine sein können. Meine lieben Landsleute sind also weniger galant (Heiterkeit), und ich wundere mich nur über meine bayerischen Landsmännchen, daß sie sich das so ruhig haben gefallen lassen (Heiterkeit) — da solltet Ihr einmal unsere Berlinerinnen kennen lernen. (Heiterkeit.) Ich muß aber grundsätzlich aussprechen, daß wir allerdings der Meinung sind, daß da, wo sich solche Schwierigkeiten aus der Lage der Gesetzgebung ergeben, es einfach parteipolitische Pflicht der Genossen ist, Rücksicht auf die Genossinnen zu nehmen. (Sehr richtig!) Die Frauen haben ja beglückliche Anträge gestellt, auf die ich noch zu sprechen komme.

In der Kommission waren wir uns darüber einig, daß wir den uns durch die Gesetzgebung aufgezwungenen Zustand, wonach Frauen als politisch minderwertig gelten, nicht legalisiren dürfen, indem wir sagen: Wir schaffen uns Männer, was uns paßt, aber um die Frauen kümmern wir uns nicht. Ich zweifle auch nicht, daß der Parteitag den Frauen so weit entgegenkommen wird wie irgend möglich. Daß es in Deutschland auch noch ein Land giebt, wo auch die Männer kein Vereinsrecht haben, Mecklenburg, das wissen Sie Alle. Daß es Verhältnisse giebt, wo es den besten Parteigenossen wegen ihrer sozialen Stellung nicht möglich ist, in einen politischen Verein einzutreten, schon weil die Mitgliederkisten der Polizei eingereicht werden müssen und dadurch z. B. die Lehntaufende von Staatsarbeitern in die Unmöglichkeit verlegt sind, einem sozialdemokratischen Verein beizutreten, wissen Sie auch. Und weil dem so ist, deshalb, glaube ich, treffen die Vorschläge der Kommission zu § 3 durchaus das Richtige.

Nun liegt eine Resolution 72 vor, die die Frauen gestellt haben, wohl ein Ergebnis der Frauent Konferenz. Darin wird ein Wunsch ausgesprochen, den ich ganz gern unterstützen will. Ob es aber hilft, diesen Wunsch als Resolution auszusprechen, weiß ich nicht. Auch die Fraktion wollte, daß, soweit Parteifaktionen in Betracht kommen, auch das Wort der Frauen in der politischen

Bewegung gehört werde. Das Uebel ist, daß wir zu wenig Parteigenossen haben. (Heiterkeit.) Ich wünschte, es wären weit mehr. Die Wenigen, die alle Arbeit leisten müssen, sind überlastet und werden da leicht griesgrämig. (Heiterkeit.) So kommt es, daß sie uns, die wir garnichts dafür können, das Leben manchmal sauer machen. (Erneute Heiterkeit.) Ich wünschte, wir hätten 1000, 10 000, 100 000 überzeugte Parteigenossen: Wenn die Frauen Werth darauf legen, daß ihrem Wunsche formell Ausdruck gegeben wird, so mag es geschehen. Eigentlich halte ich die Resolution für überflüssig. Wir sind so gut und den Frauen so hold, daß man uns an unsere Pflicht den Frauen gegenüber nicht zu erinnern braucht.

Weniger bin ich mit dem Antrag 73 einverstanden. Die Frauen verlangen immer Gleichberechtigung, und in demselben Augenblick treten sie für eine Ausnahmestellung für sich ein. (Widerspruch der Frauen.) Sie wollen von den Organen der allgemeinen Bewegung zu allen Arbeiten und Sitzungen als gleichberechtigte Mitarbeiterinnen herangezogen werden, nicht als Vertrauenspersonen, sondern als Vertrauenspersonen der Genossinnen. Wollen Sie gleichberechtigt sein — ich bin überzeugt, Sie werden immer den Kürzeren ziehen! (Frau Zeikin: Hört, hört!) Wenn Sie zu den Sitzungen nicht berufen werden, ein nun, so ertragen Sie das. Auch nicht alle Männer werden berufen. Anders steht es, wenn eine Frau Vertrauensperson am Orte ist. Dann ist sie aber Vertrauensperson der Partei und nicht Vertrauensperson der Genossinnen. Ihr Antrag 73 konstruirt ein eigenes Recht. (Widerspruch der Frauen.) Ja, das Schlimme ist, daß mit den Freundinnen nicht zu reden ist. (Heiterkeit.) Ich habe mir schon in den schönsten Privatunterhaltungen alle Mühe gegeben. (Heiterkeit.) Sie wollen aber gleichberechtigt sein, daneben aber noch eine Extra-wurst gebraten haben. (Große Heiterkeit.)

Auch Ihren Antrag 74 können wir nicht annehmen. Wir können nicht den Genossen von Württemberg, wo die Frauen Mitglieder politischer Vereine werden dürfen, vorschreiben, daß sie alle Partei-Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen erlebigen. Diese Bestimmung hätte da einen Sinn, wo die Gesetzgebung den Frauen die Theilnahme an politischen Vereinen verbietet. Wo die Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen erwerben dürfen, brauchen sie es ja nur zu thun, dann kommen sie auch in geschlossenen Versammlungen zu Wort.

Zum Schluß für heute möchte ich die Frauen bitten, sich ihre Anträge bis morgen noch einmal zu überlegen. Seien Sie so gut und überspannen Sie den Bogen nicht, denn es giebt Viele unter uns, die es nicht so gut mit Ihnen meinen wie wir vom Vorstand. (Große Heiterkeit.)

Der Nebner bricht hier seinen Vortrag ab, da es 7 Uhr geworden ist. Zahlreiche Begrüßungsschreiben und Telegramme sind im Laufe des Tages eingegangen und werden zur Mittheilung gebracht.

Schluß 7 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, 18. September. — Vormittags-Sitzung.

9 $\frac{1}{4}$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Die Verhandlungen über Punkt 5 der Tagesordnung: **Die Organisation der Partei** werden fortgesetzt. Der Referent

Auer fährt in seinem gestern abgebrochenen Referat fort: Ich habe mich seit gestern überzeugt, daß ich die zu § 3 von den Frauen gestellten Anträge zum Theil nicht ganz richtig verstanden habe: das liegt wohl an der nicht genauen Formulirung. In der Sache bin ich aber mit ihren Forderungen einverstanden. (Bravo! bei den Frauen.)

Die bisherige Organisation unserer Partei war veranlaßt durch die Lage unserer Vereinsgesetzgebung in Preußen, wonach wir der Gefahr ausgesetzt gewesen wären, daß ein Partei-Vorstand und eine Kontrollkommission gebildet als zwei politische Vereine betrachtet werden, deren Inverbindungtreten unter das Vereinsgesetz gefallen wäre. Darum haben wir diese beiden Organe formell vereinigen müssen. Es war aber nur eine Verschleierung des wirklichen Thatbestandes, die ja sogar Pfannkuch gestern zu einem momentanen Irrthum veranlaßt hat; in der Praxis haben wir aber jederzeit bis zur letzten Stunde eine Kontrolle gehabt und zwar eine sehr energische. Da wir aber jetzt zu der Verschleierung nicht mehr genöthigt sind, schlagen wir Ihnen eine Trennung der beiden Organe vor, so daß wir jetzt statt „Parteitheilung“ immer „Partei-Vorstand“ sagen.

§ 9 ist nur redaktionell geändert. Der Antrag 26 von Nachen brauche ich nicht zu besprechen, denn einen derartigen Antrag wird der Parteitag nicht annehmen. Die Aenderung im § 11 ist eine Konsequenz der Trennung von Vorstand und Kontrolle; die Ziffer 4 hat die Absicht, der Kontrollkommission die bisherigen Rechte nicht zu schmälern. Die Verkürzung der Frist für die Veröffentlichung der Anträge zum Parteitag von 7 auf 5 Tage, wie wir sie in § 12 beantragen, ist begründet durch unsere Praxis, daß jeder eingebrachte Antrag hier zur Unterstützung gestellt werden muß. § 13 enthält redaktionelle Aenderungen und solche, die aus Zweckmäßigkeitsgründen geboten sind, so über die Vertretung der Vorstandsmitglieder untereinander. Hierzu liegen die Anträge 28 bis 30 vor. Die Düsseldorfer Genossen wollen die bisherige Vereinigung von Partei-Vorstand und Kontrolle beibehalten; ich verweise auf das vorher von mir Gesagte. Die Nothwendigkeit für die Wahl zweier Ersatzleute hat sich bisher nicht herausgestellt. Die Annahme des Antrags des fünften sächsischen Wahlkreises würde ja nichts schaden, aber nützen erst recht nichts. Aspiranten für die angenehmen Vorstandsstellen werden sich ja immer finden. (Heiterkeit.) Die durch das Bürgerliche Gesetzbuch geschaffene Rechtslage hat uns veranlaßt, die Bestimmung in unser Statut aufzunehmen, daß kein Parteigenosse ein klagbares Recht hat, die Geschäftsbücher oder Papiere des Partei-Vorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen u. s. w. Ich werde das nicht begründen, da Genosse Stadthagen, der ja der geistige Urheber dieser Bestimmung ist, so freundlich sein wird, uns nachher die Gründe anzugeben. Ich weiß nur, daß die Juristen unter uns einig waren, und als ich das sah, sagte ich: die Geschichte verstehe ich zwar nicht, aber es wird schon so sein. (Heiterkeit.) Der Vorschlag ist gewissermaßen eine Vorbeugungsmaßregel für irgend welche Fälle, die noch kommen können. Sie sagen: Für heute ist es noch nicht nöthig, aber — legt Ihr nicht aus, so legt Ihr unter, und wegen der Möglichkeit dieser Auslegung müssen wir unsere Maßnahmen treffen. Wir wissen ja, was wir mit der Auslegung des Reichsgerichts bezüglich der Geheimbündelei erlebt haben. Daher sind wir unseren juristischen Freunden dankbar, daß sie uns darauf aufmerksam gemacht haben, deshalb folge ich ihnen blind und wünsche, daß Sie dasselbe thun (Heiterkeit), aber ohne die Einschränkung, die die Genossen in Berlin III in ihrem Antrage 50 beantragen. Sie beantragen eine Ausnahme für die Delegirten auf dem Parteitag. Ich halte es für selbstverständlich, daß Delegirte unter normalen Verhältnissen eo ipso das Recht haben, durch Einsicht in die Bücher sich die genaueste Kenntniß über Alles zu verschaffen, was die Partei angeht. Es ist bedauerlich, daß Sie so wenig Gebrauch davon machen (Heiterkeit), wir schleppen die Bücher mit und Sie benutzen sie nicht (Heiterkeit), ich sehe nicht an zu erklären: das Vertrauen ist unsererseits wohl verdient, aber deshalb bitte ich Sie, so sehr ich die sachliche Begründung des Antrags 50 anerkenne, geben Sie uns für den Ausnahmefall freie Hand. Ich hoffe, die Berliner werden so freundlich sein und sagen: Na, es war gut gemeint, aber schlecht

gelingen. Ich erinnere an Wyden, wir hatten da einen Delegierten unter uns, dem Niemand über den Absah traute, Jeder war überzeugt, daß er im Solde der Polizei stand, aber wir konnten es ihm nicht beweisen, wir haben ihn geschnitten, wie wir konnten; er hat nichts erfahren, was er nicht zu erfahren brauchte. Aber wenn wir die Bestimmung haben, daß jeder Delegierte auf dem Parteitag das Recht hat, Alles einzusehen, so kommen wir in einem solchen Fall in eine recht unangenehme Zwangslage.

§ 16 regelt die Erneuerung bei Vakanz; die Bestimmung ist unverändert geblieben, ich bitte Sie, sie so zu lassen. § 17 handelt von der Kontrollkommission. Hierüber habe ich das Nöthige schon gesagt. Eine Kontrollkommission existirt so lange als es eine Partei giebt, zur Kontrolle, zur Entscheidung von Beschwerden, zum Ausgleich von Gegensätzen. Wir schlagen vor, die Kontrollkommission künftig aus 9 statt 7 Genossen bestehen zu lassen. Die bisherige Kontrollkommission hat ihre Schuldigkeit vollkommen gethan. Aber bei dem Wachstum der Partei liegt der Gedanke nahe, die Zahl derjenigen Genossen zu erhöhen, die durch persönliche Einsicht in die Geschäftsführung sich orientiren und als Vertrauensleute der Genossen in der Provinz das allgemeine Vertrauen erhalten. Das ist viel werth. Es arbeitet sich noch einmal so leicht, wenn man Vertrauen zu einander hat und sich nicht unter dem Gesichtspunkt betrachtet: Du bist der beste Bruder auch nicht (Heiterkeit), und ich muß auch aussprechen: Es ist mit dieser Erweiterung der Kontrollkommission der Wunsch verknüpft, der großen Berliner Parteigenossenschaft, deren Anerkennung in ihrer Bedeutung für das Parteileben allgemein ist, die Rücksicht zu erweisen, zwei Berliner Genossen in die Kontrollkommission zu entsenden. Es ist der Vorschlag gemacht worden, das gleich im Statut festzulegen. Da haben wir aber gesagt: nein, das geht nicht, ein gesetzliches Recht auf zwei Mitglieder der Kontrollkommission können wir durch Statut den Berlinern nicht einräumen. Was die Parteigenossen eines anderen Ortes nicht haben, können wir auch ihnen nicht geben aus Rücksicht auf das Interesse unserer gemeinsamen Sache. (Sehr richtig!) Daß aber thatsächlich zwei Berliner gewählt werden, dagegen haben wir nichts; es war wirklich die Rücksicht auf Berlin, weshalb wir die Erweiterung der Kontrollkommission beantragt haben. Sie sehen (zu den Berlinern), Sie haben überall ihre Freunde. (Große Heiterkeit.) Der Berliner Wunsch ist nicht unberechtigt, aber das Recht muß sich der Parteitag wahren: wenn er glaubt, daß er gar keinen Berliner in der Kontrollkommission gebrauchen kann, dann muß es Berlin sich ebenso gefallen lassen, wie ein anderer Ort, der kein Mitglied der Kontrollkommission stellt (sehr richtig), es wird ja nicht dahin kommen, aber der Rechtsstandpunkt muß gewahrt bleiben. Berlin wird immer in der Partei eine bedeutende Rolle spielen. Ich habe mir immer gewünscht: wärst Du doch einmal Berliner Vertrauensmann, dann sollten die Andern schon mal sehen. (Große Heiterkeit.) Ich bin es nicht, mein Ehrgeiz geht nicht so weit (erneute Heiterkeit), allerdings repräsentirt die Leistung Berlins eine Leistung der Masse. Die Leistung des einzelnen Berliners wird durchschnittlich nicht größer sein, als die eines Provinzgenossen. Aber hier sehen wir, daß die Quantität in die Qualität umschlägt (große Heiterkeit), die Berliner sind dann mit einem Mal so große Leute, daß dem Einzelnen manchmal die Auge ruhige Beurtheilung darüber schwinden kann. (Große Heiterkeit.)

Der vom Zentralorgan handelnde § 18 ist eine Verschmelzung der früheren §§ 17 und 17a. Sachlich ist daran nichts geändert, es ist nur der im vorigen Jahr in Hannover angenommene Antrag in Bezug auf die Erweiterung der Rechte der Berliner Preßkommission berücksichtigt worden. Es ist kein Geheimniß, daß ich persönlich jenem Antrag durchaus abgeneigt war; ich habe von jeher den Standpunkt vertreten: der „Vorwärts“ ist Zentralorgan, so lange die Berliner damit einverstanden sind. Aber in dem Moment, wo die Berliner dies Opfer der Gesamtpartei nicht mehr bringen, haben sie das Recht, das Blatt als ihr

Lokalblatt zu betrachten. Die politische Bedeutung des „Vorwärts“ liegt darin, daß er am Ort des politischen Lebens erscheint und er wird unter allen Umständen das politisch einflussreichste Blatt der Partei bleiben, gleichviel ob es Zentralorgan ist oder nicht. Das Recht der Berliner, über ihr Blatt selbständig zu verfügen, habe ich nicht bestritten. Früher war es bei uns Gebräuch, daß das Recht den Berlinern nicht zusteht, weil der „Vorwärts“ Zentralorgan ist. Daraus sind Differenzen entstanden, einzelne Genossen wollten dem geschriebenen Recht gegenüber ihr Naturrecht geltend machen. Ich aber als Bureaukrat stellte mich auf den Boden des geschriebenen Rechts. In Hannover hat man dann ein Kompromiß geschaffen, das wie die meisten Kompromisse nichts taugt; in der Praxis haben die Berliner jetzt erreicht, was sie wollen.

Nun noch einige Bemerkungen zu einzelnen Anträgen. Die Parteigenossen von Berlin IV und Niederbarnim beantragen, daß die Buchhandlung Vorwärts ebenso wie das Zentralorgan der Kontrolle der Preßkommission unterstehen soll. Nachdem Singer und Pfannschuch ihnen gestern eingehend die Rechtslage geschildert haben, brauche ich mich darüber nicht mehr zu äußern. So sehr ich anerkenne, daß der „Vorwärts“ in weitestem Maße unter dem Einfluß der Berliner Organisation zu stehen hat, so entschieden muß ich bescheiden, daß auch die Buchhandlung in demselben Verhältnis zu den Berliner Genossen steht. Der „Vorwärts“ ist Lokalorgan der Berliner. Die Buchhandlung aber ist ein Institut, das unseren Schriftenvertrieb für die Gesamtpartei zu regeln hat. Das Bedürfnis an Zeitungen decken die Genossen in der Provinz überall selbst, aber das Bedürfnis an Agitationschriften oder wissenschaftlichen Arbeiten können die Genossen in einer ganzen Reihe von Orten nicht befriedigen. Dies Bedürfnis zu decken, ist eine Aufgabe der Gesamtpartei, daran sind wir Alle miteinander interessiert. Ich erinnere nur, daß Berlin an dem Gesamtumsatz der Buchhandlung nur mit 10 pCt. theilhaftig ist, während umgekehrt der „Vorwärts“ in Berlin und Umgegend 50000, außerhalb nur 5000 Abonementen hat. Das beweist, wie unberechtigt das Verlangen ist, aus der Buchhandlung ebenso wie aus dem „Vorwärts“ ein Organ der Berliner Genossen zu machen, und ich möchte die Berliner bitten, zu Hause — hier hoffe ich Sie ja überzeugt zu haben (Heiterkeit) — auch den übrigen Genossen diesen Standpunkt klarzumachen. Wir sind durchaus nicht herrschsüchtig, ach, lieber Gott, das Herrschen, wir könnten viel mehr herrschen, wir sind doch fünf alte gewachsene Brüder im Partei-Vorstand (Heiterkeit), aber es ist nicht Einer unter uns, der vom Cäsarenwahnsinn erfaßt ist. Nein, Ruhe möchten wir haben, vielleicht manchmal mehr Ruhe als eigentlich gut ist. Würden Sie dem Vorstand den Vorwurf machen, daß er manchmal nicht Anregungen genug gegeben hat, daß das jüngere Element, das noch bis in die Puppen hinein glaubt und dementsprechend handelt, dort nicht genügend zur Geltung kommt — nun, öffentlich würde ich ja das nicht zugeben (Heiterkeit), aber ich würde mir im Stillen sagen: so ganz unrecht haben sie nicht. (Heiterkeit.) Vor dem umgekehrten Vorwurf, daß wir herrschsüchtig sind, schützt uns unsere demokratische Gesinnung. Sie können sicher sein, ich bin oft überzeugt, da haben wir wieder eine Dummheit beschloffen, aber ich führe es aus auf Grund meiner demokratischen Gesinnung. Ich spreche das hier aus, um denen, die es angeht, einmal nahe zu legen, daß sie derartige Unterstellungen unterlassen. Wir könnten viel mehr herrschen, aber das giebt nur frische Arbeit und der Arbeit gehen wir Alle — wir sind jetzt alle Nerls geworden — gern aus dem Wege. Also ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen, denn mit demselben Recht wie die Berliner könnten auch die Genossen irgend eines anderen Ortes eine Kontrolle über die Buchhandlung verlangen. Hier auf dem Parteitag haben die Berliner ebenso gut wie alle anderen Delegierten das Recht mitzusprechen. Das Recht der Uebertragung des Eigentums haben sie nicht. Ich kann im Namen der 5 Vorstandsmitglieder erklären daß

wir uns einer derartigen Bestimmung mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften widerlegen werden. Gewisse Dinge müssen in der Partei zentralisiert bleiben und dazu gehört die Buchhandlung, das Reservoir für unsere geistigen Waffen.

Die Parteigenossen von Teltow-Weeskow verlangen, daß der Leiter der Buchhandlung Vorwärts in Zukunft vom Parteitag anzustellen ist. Ich lege dem Antrag keine Bedeutung bei, ich halte ihn für überflüssig, er ist eine Eintagsfliege, hervorgerufen durch die Gehaltsverhöhung, über die wir uns gestern unterhalten haben. Daß seinerzeit Liebknecht vom Parteitag in Halle zum Chefredakteur gewählt wurde, geschah aus ganz bestimmten Gründen. Liebknecht war für den Vorstand in Aussicht genommen, und da sagten wir ihm, wir wollten lieber einen Berliner Arbeiter an seiner Stelle wählen. Liebknecht konnte sich ja auch nicht mit solchen kleinen Fragen beschäftigen; so wurde uns Gerich vorgeschlagen und gewählt, und wir haben damit einen guten Griff gethan. Um nun einen Ausgleich herbeizuführen, hat der Parteitag in Halle Liebknecht auch eine offizielle Stellung eingeräumt und ihn zum Chefredakteur gewählt. Es wurde dann später jedes Mal vergessen, ihn neu zu wählen, er blieb Chef und die Sache war aus der Welt geschafft. Wollen Sie es mit dem Leiter der Buchhandlung auch so machen — nun Sie wählen Fischer ja doch wieder, und er wird dann nur noch progiger und weniger umgänglich, wenn er jagen kann: mich hat die Gesamtpartei gewählt. (Heiterkeit.) Wollen Sie ihm, nachdem Sie ihm gestern auf einige Stunden das Leben verbittert haben, Honigpflaster auflegen, so wählen Sie ihn, es schadet nichts, nützt auch nichts.

Die Elberfelder Genossen verlangen, daß der Partei-Vorstand die Beschlüsse der Landes- resp. der Provinzialorganisationen zu berücksichtigen hat, ich weiß nicht, ob jemals solche Beschlüsse nicht berücksichtigt sind. Mit Rücksicht ist das nicht gesehen, der Antrag ist doch selbstverständlich und ein Partei-Vorstand, der anderer Meinung ist, wäre seiner Aufgabe nicht gewachsen. Ueberflüssige Beschlüsse aber brauchen wir nicht zu fassen. Die Elberfelder beantragen ferner, daß die Landes- und Provinzialkomitees das Recht haben sollen, selbständig Anträge an den Parteitag zu stellen. Das Recht haben sie in ihrer Eigenschaft als Parteigenossen heute schon. Also auch dieser Antrag ist überflüssig. In dem Antrag 34 wird ein Gedanke angeregt, der unter uns schon sehr oft laut geworden ist; wir Alle wissen ja, daß nicht immer der beste Geschäftsmann unseren Parteigeschäften vorsteht, wir müssen mit den gegebenen Thatfachen rechnen, daß oft sonst ganz gute und zuverlässige Genossen in solche Stellen gewählt werden, die bisher in der Verhüttung thätig gewesen sind. So weit wie möglich waren wir ja auch bisher schon bestrebt, diesen Uebelständen abzuhelfen und haben damit schon viel erreicht. Würden wir aber dem Antrag Folge geben, so würde das zu Mißbilligkeiten führen. Es ist nicht angenehm, einem Genossen, der sich im Dienst der Sache angereichen hat, zu sagen: „Du hast Alles falsch gemacht“. Ich will ja nicht sagen, daß Du ein Fiel bist, aber Die, die so arbeiten wie Du, sind Fiel (Heiterkeit), es wäre ein undankbarer Posten, den nur eine ganz besonders dazu qualifizierte Person ausüben könnte. Lehnen Sie den Antrag also ab.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen. Ich stimme dem Vorschlag zu, die gesammte Materie einer Kommission zu überweisen. Das haben wir auch in Halle gethan, wir haben da eine Kommission von 25 Mitgliedern eingesetzt, ich bin Referent gewesen und erinnere mich noch des freudigen Bewußtseins, als der Parteitag unseren Vorschlägen debattelos zustimmte. Ich hoffe, daß es auch hier so kommen wird im Interesse der Partei und unserer gemeinsamen Sache. (Lebhafte Beifall.)

Singer unterbricht die Verhandlung, um die Disposition für die kommenden Tage zu treffen: Der Saal ist am Mittwoch nur bis 1/2 7, am Freitag nur bis 1/2 6 Uhr zu haben. Die Gastfreundschaft der Mainzer stellt einen

Konferenz am Donnerstag Abend und eine Rheinfahrt für Freitag Nachmittag in Aussicht. Singer bittet, im Interesse der Erledigung der Geschäfte, die Rheinfahrt auf Sonnabend zu verlegen.

Der Parteitag nimmt mit dieser Maßgabe die Einladung der Mainzer an. Es wird die Generaldiskussion über das Auer'sche Referat eröffnet.

Emmel-Mülhausen: Das bewährte Alte an unserer Organisationsstatut wollen wir möglichst beibehalten und nur da ändern, wo es durch die Verhältnisse geboten ist. Ich möchte daher in § 1 eine Fassung vorschlagen, wonach die Parteigenossen verpflichtet wird, die Partei nicht bloß durch Geldmittel zu unterstützen, sondern auch durch sonstige Thätigkeit zu fördern. Dagegen liegt eine Veranlassung zu einer Aenderung der Bestimmung über den Ausschluß aus der Partei nicht vor. Es ist das nicht Mißtrauen gegen den Partei-Vorstand, aber wenn man nur den einen Fall Mülhausen anführen kann, so ist das ein Beweis, daß die alte Bestimmung sich bewährt hat. Als wir in Mülhausen an die Reinigung gingen, hatten wir ein paar Stunden vorher einen Brief von Wechsel bekommen, der uns gerade von dem Ausschluß Wueb's abrieth. Hätte die Parteileitung also die Sache in der Hand gehabt, so hätte der jetzige Zustand nicht herbeigeführt werden können. Nach § 10 des neuen Entwurfes würde sich der Parteitag nur mit den Berichten der Reichstagsabgeordneten, nicht der Abgeordneten überhaupt, zu beschäftigen haben; ich meine, wenn die Theiligung an den preussischen Landtagswahlen beschloffen wird, ist diese Aenderung gewiß nicht angebracht. Ein preussischer Parteitag wird nicht leicht einberufen werden können. Außerdem hat der Parteitag sich ja auch bisher mit Landesangelegenheiten beschäftigt, — ich erinnere an die Stegmühlerei, an die bayerischen Fragen.

Schöpplin-Gemann: Es wird immer auf die armen Weber im Eulenburg und Erzgebirge Bezug genommen. Es ist aber unmöglich, mit unsicheren Einnahmen zu rechnen, und ich kann bestätigen, daß die sächsischen Weber auch durchaus nicht Gegner der in dem Entwurf zu § 1 vorgeschlagenen Aenderung sind. Auch bezüglich des § 2 haben wir gemüthlichen Sachen durchaus Vertrauen zu der Parteileitung.

Fran Zieg-Hamburg: Als Onkel Chlodwig endlich sein Versprechen einlöste und das Verbindungsverbot aufhob, war es bei der Regsamkeit und dem ausgebildeten Auffassungsvermögen unserer Genossen etwas Selbstverständliches, daß sie sich sofort damit befaßten, das Quentens Freiheit, das uns mehr gegeben ist, für uns auszunützen, und schon lange, ehe der Entwurf des Partei-Vorstandes erschien, haben an verschiedenen Orten die Genossen Stellung dazu genommen und haben erklärt, jetzt sei es uns möglich, überall die Parteigeschäfte festgelegten Vereinen zu übertragen. Und wir haben ja allerseits anerkannt, daß aus Rücksicht auf die materiellen Mittel, die für unsere Parteibewegung nothwendig sind, es außerordentlich wünschenswerth sei, unsere Organisation nach dieser Richtung auszubauen. Aber ich habe schon damals, wenn ich mit Genossen darüber gesprochen habe, erklärt, das wäre ja sehr schön, wenn wir mehr und mehr die Genossen in festen Vereinen zusammenschließen, aber bedenkt doch, wenn Ihr dann die Führung sämtlicher Parteigeschäfte in diese Vereine hineinlegt, so schließt Ihr eine ganze Reihe von Personen von der Theilnahme an dieser Parteithätigkeit aus und zwar nicht nur uns Frauen, sondern auch alle jene Personen, die nicht im Stande sind, dauernd Beiträge zu zahlen. Auer hat ja freilich erklärt, daß die Genossen, die nichts haben, deswegen nicht ausgeschlossen werden sollen, und eine solche Erklärung auf dem Parteitag würde ja genügen, — aber weiter würden auch ausgeschlossen werden alle jene Leute, die in Folge ihrer Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft nicht offen ihre Zugehörigkeit zur Partei bekennen können. Also schon aus dem Gesichtspunkt, daß wir Jeden, der sich

zu unsern Grundsätzen bekennst, an den Beratungen und Entschlüssen der Partei teilnehmen lassen müssen, ist es geboten, daß die Geschäfte der Partei nicht einzig und allein von Personen, die die Leitung in den geschlossenen Vereinen haben, geführt werden. Ich habe schon damals zu den Genossen gesagt, daß ich es, soweit wir Frauen in Betracht kommen, als etwas ganz Selbstverständliches betrachtete, daß man Mittel und Wege findet, sie auch in Zukunft an der Thätigkeit in der Partei und auch an den Beratungen und Beschlußfassungen teilnehmen zu lassen; denn die bloße Thätigkeit genügt mir in keiner Weise. Ich will keine Ausnahmestimmungen und Sonderrechte, aber wir wollen nicht — Staatsbürger zweiter Klasse sind wir ja schon — zu Genossen zweiter Klasse degradirt werden, und das würden wir in allen Bundesstaaten sein, wo die Vereinsgesetzgebung uns die Teilnahme an politischen Vereinen nimmt; das wäre eben die Sanktionierung eines gesetzlichen Unrechts, wie es Auer gestern ganz richtig nannte. Die jetzt gegebene Möglichkeit einer größeren Bewegungsfreiheit darf sich doch unter keinen Umständen dahin umsehen, daß sie für die Männer ausgenutzt, die bisherige Bewegungsfreiheit für die Frauen aber noch mehr eingeschränkt wird. Ich freue mich, daß Auer es so offen ausgesprochen hat, und ich bin überzeugt, der ganze Parteitag ohne Ausnahme wird mit Auer in diesem Punkte einverstanden sein; da ist es aber eine logische Konsequenz, den Antrag 73 anzunehmen, und wenn gestern Auer sagte, wir wollten nicht nur die Gleichberechtigung, sondern noch eine Extrawurst, so freue ich mich, daß er heute anderer Ansicht ist und daß er Vernunftgründen zugänglich war. (Heiterkeit.) Wenn die Vertrauensmänner zu allen Sitzungen geladen werden, warum sollen nicht auch die Vertrauensfrauen dazu geladen werden, es ist ja so oft schon ausgeführt worden, daß wir weibliche Vertrauenspersonen wählen müssen nicht nur aus Rücksicht auf unsere vereinsgesetzlichen Bestimmungen, sondern aus Rücksicht auf die eigenartige Agitation, die unter Frauen zu entfalten ist. Das ist keine Eigenbrödelei, sondern es heißt nur den Thatsachen offen ins Antlitz schauen, anerkennen, daß bei einem gemeinsamen Handhabbarbeiten hier eine Arbeitsteilung vorgenommen werden muß, und die nothwendige Folge ist die Annahme unseres Antrags. Ich hoffe, daß auch Sie diesen Vernunftgründen zugänglich sein werden, wie es Auer gewesen ist. Gewiß, Auer hat vollkommen recht: die geschriebenen Paragraphen machen es nicht; aber gestützt auf dieses formale Recht müssen wir danach trachten, daß dieses formale Recht auch Inhalt bekommt und zu einem Faktum wird. Und wenn wir das formale Recht nicht haben, wird uns dies außerordentlich erschwert. Bei der anerkannten Thatsache, daß nicht alle Genossen so hold den Frauen sind, wie Auer (Heiterkeit), muß der Parteitag erklären: so weit gehen die Rechte der Frauen. Ich spreche nicht als Frau zu Ihnen, sondern als Genossin, ich spreche zu Ihnen, um Ihnen zu zeigen, wie es im Interesse der ganzen Parteibewegung liegt, daß wir diese Rechte auf dem Parteitag festlegen. Es ist ja nicht gesagt, daß die Vertrauensperson, die die Geschäfte für die Frauen leiten soll, immer eine Frau ist; da wo Frauen vorhanden sind, die dieses Amt übernehmen können, ist es selbstverständlich praktischer; wo sie aber nicht vorhanden ist, halte ich es in Zukunft für noch nothwendiger als früher, einen Mann mit diesem Amt zu betrauen, vorausgesetzt, daß wir einen Mann finden. Ich hoffe, daß Sie allen unsern Anträgen, meinetwegen mit redaktioneller Aenderung, zustimmen und uns unsere Rechte nicht beschneiden, daß Sie demokratisch anerkennen werden, daß die Gleichberechtigung auch in die Praxis umgesetzt werden muß. Die Agitation wird damit viel planvoller und damit viel wirksamer gestaltet werden. (Beifall.)

Sittwell-Essen: Die §§ 1 und 2 werden zweifellos den größten Widerspruch finden, der aus den örtlichen Verhältnissen hervorgeht. In Essen ist es

doch nicht möglich geworden, einen festen Verein zu gründen. Zahlreiche Parteigenossen sind verhindert, dem Verein anzugehören. Wir können ihnen das Recht nicht nehmen, in Parteifachen mitzusprechen, und haben auch die richtige Form dafür gefunden. Von der Annahme des § 2 rathe ich dringend ab. Wir würden sonst ein Solingen Nr. 1, 2, 3, 4 und 5 erleben. Wenn der Vorstand eine Person ohne Angabe von Gründen ausschließen würde, dann würde diese Person die Genossen am Orte absehen. Gerade das Beispiel Lütgenau ist von Auer schlecht gewählt. Sobald die Genossen dort die Gründe für den Ausschluß erfahren hatten, stimmten sie auch zu. Nur so lange sie nichts davon wußten, wollten sie nicht darauf eingehen. Die Vorgänge dort waren der Autorität des Vorstandes nicht dienlich.

Albrecht-Galle: Die Anhalter haben sich jetzt bereits eine neue Organisation gegeben, die den Schwerpunkt in die geschlossenen Vereine, in eine feste Organisation verlegt. Ich habe von Anhalt den Auftrag, Sie zu bitten, die Frauenanträge 72 und 74 abzulehnen. Wir müßten sonst in Anhalt unsere junge Organisation wieder umstürzen. Es ist ja traurig, daß die Frauen an der Organisation nicht teilnehmen können. Aber in Anhalt haben wir überhaupt keine Frauenbewegung, keine Frauen, die den Anspruch erheben, der Organisation anzugehören.

Braun-Königsberg: Ich bin strikter Anhänger der festen Zentralisation in Vereinsform. Der Entwurf der Fraktion macht die Vereinsform nicht zur Bedingung, sondern läßt auch die Vertrauensmännerform zu. Wie will man bei der losen Form des Vertrauensmännerformens eine Kontrolle über die dauernde Unterstützung der Partei haben? Das ist wieder ein dehnbarer Begriff, der der Partei nicht die nöthige Festigkeit giebt. Der Zentralisationsgedanke hat ja auch den Verfasser des Entwurfs vorgeschwebt. Leider sind sie auf halbem Wege stehen geblieben. Die alte, lockere Form hat uns nicht besonders weit gebracht. Bei ihr war es uns nicht möglich, die große Masse festzuhalten, die Klagen des Kassirers beweisen doch wahrhaftig nicht, daß die alte Form sich bewährt hat. Dem Vorstand fehlen die Mittel, jetzt die Agitation in jurückgebliebenen Gegenden zu fördern. Die Gelder müssen in einer Zentralstelle zusammenfließen, um an der richtigen Stelle in jurückgebliebenen Gegenden verwandt zu werden. Jeder Genosse, auch der ärmste, kann, so lange er Arbeit hat, einen regelmäßigen Beitrag zahlen. Ich habe Briefe von Landarbeitern erhalten, die bringen ersuchten, Mitglieder der Partei zu werden. Wenn sie regelmäßige Beitrag zahlen, fühlen sie sich nicht vereinsamt, sie gehören einer Organisation an; die Furcht vor dem Arbeitgeber ist nicht so groß. Die Genossen, die sich aus wirtschaftlichen Gründen scheuen, Mitglieder zu werden, kommen jetzt auch nicht in die Versammlungen, um an den Beschlüssen mitzuwirken. Die Frauen sollten auch einsehen, daß die feste Organisation für die Partei die Hauptsache ist, sie haben ja außerdem ihre eigene Organisation.

Frau Thorer-Berlin V: Den Anhaltinern sollte es viel näher liegen, den Schluß zu ziehen, daß sie jetzt endlich Ursache hätten, gründlich Rücksicht auf die Frauen zu nehmen. (Sehr richtig!) Auch die Minderjährigen waren von einer strengen Organisation ausgeschlossen. Gerade in letzter Zeit zeigt sich die erfreuliche Erscheinung, daß die Minderjährigen viel Interesse für die Partei bekunden. Braun meinte, wir seien ja berechtigt, in Frauenversammlungen unsere Interessen zu vertreten. Das ist gerade eine Extrawurst, die wir nicht haben wollen. (Sehr gut!) Es ist ein Uebelstand, daß der Entwurf der Fraktion überhaupt zwei Wege frei läßt. Am besten wäre es, es ganz beim Alten zu lassen. Den Anhängern der strengen Zentralisation sage ich: wenn wir die Garantie hätten, daß alle sozialdemokratischen Wähler mit einem Schläge in die politischen Organisationen hineingetrieben werden könnten, dann würden wir Frauen unsere

berechtigten Forderungen zurückstellen. Aber eine solche Garantie haben Sie nicht. Von der Vereinsorganisation sind auch die sozialdemokratischen Staatsarbeiter und Subalternbeamten, die unsere Anhänger sind, ausgeschlossen. Diese Genossen haben doch ein großes Interesse daran, in öffentlichen Parteiveranstaltungen thätigsteilnehmend mit zu beschließen. Der innere Ausbau der Partei muß gemeinsame Arbeit der Männer und Frauen bleiben. Mit dem Gerechtigkeitsgefühl ist es nicht zu vereinbaren, uns Frauen nur zu Handlangern der organisierten Volksgenossen zu machen. (Sehr gut!) Wenn darauf hingewiesen wird, daß das Spitzelthum beseitigt werden müsse, man auch bei fester Vereinsorganisation kann es Spitzel geben; sie fern zu halten ist bei jeder Organisationsform Sache der Wachsamkeit. Ich bitte, den § 3 in der Form des alten Organisationsstatuts zu lassen. Wir Frauen erheben unsere Forderungen nicht, um etwas Besonderes vorzustellen in der Partei, sondern damit das sozialdemokratische Gleichheitsprinzip nicht bloß in der grauen Theorie, sondern auch in der Praxis gelte. (Beifall.)

Wähle-Strahburg: In allen Landesteilen ist eine strenge Zentralisation nicht möglich. Wir Elsaß-Lothringer sind überhaupt nicht in der Lage, politische Organisationen zu gründen. Die Aufhebung des Verbindungsverbotes hat uns nicht die geringste Erleichterung gebracht. § 1 des aus französischen Zeit stammenden Vereinsgesetzes vom 10. April 1834 bestimmt, daß Personen, die einem nicht genehmigten Verein angehören, ohne Weiteres der Strafe verfallen. Die elsäß-lothringische Polizei ist nicht so liebenswürdig, unsere Vereine zu genehmigen. Der einzige Ausweg sind Privatversammlungen; aber all' das haben wir uns erst gerichtlich erkämpfen müssen. Gestalten Sie die Organisation so, daß sie auch für uns paßt.

König-Wochum: Es ist für uns zur Notwendigkeit geworden, eine festere Form der Organisation zu finden. Vielleicht empfiehlt sich im § 1 die Bestimmung, daß die Genossen verpflichtet sind, das am Orte erscheinende Parteiblatt zu unterstützen. Auch feste Beiträge sind erforderlich, wenn ich auch gegen die feste Einheitsmarke bin. Wir in Wochum erheben jetzt einen bestimmten Beitrag. Gerade für Westfalen ist es notwendig, im Organisationsstatut einen festen Beitrag als Bedingung der Parteizugehörigkeit zu verlangen. Die Westfälinger müssen mit der Nase darauf gestoßen werden, sonst kommen sie mit ihrem harten Schädel nicht hin. (Heiterkeit.) Die Ausschlußbestimmung durch den Vorstand ist bedenklich, der Ausschluß erfolgt weit besser von unten, statt daß er von oben diktiert wird.

Schulz-Erfurt: Die Erfurter Genossen sind mit dem Entwurfe der Fraktion durchaus einverstanden, nur kleine Mängel wünschen sie beseitigt zu sehen. So müßte der § 1 umgestaltet werden; wir haben im Thüringer Wald arme Gegenden, wo regelmäßige Beiträge nicht aufgebracht werden können, es ist uns nicht möglich, überall Vertrauensmänner einzusetzen, es kann nicht schaden, wenn wir im § 1 aussprechen, daß im Falle wirklicher Unmöglichkeit die Bezahlung regelmäßiger Beiträge nicht Bedingung für die Parteizugehörigkeit ist. Mit dem Wiesbadener Antrag in der Ausschlußfrage bin ich einverstanden. Im § 3 scheint mir die Form des Entwurfes sehr glücklich gewählt, weil sie allen Besonderheiten Rechnung trägt, gegen eine ausschließliche Zentralisation erklären wir uns unbedingt. Die historisch gewordenen Verhältnisse müssen berücksichtigt werden, ein schematisches Zentralisieren läßt sich nicht durchführen. Ein großer Rückschritt aber wäre es, wenn der Antrag 72 angenommen würde und wir wieder zu den früheren Zuständen zurück müßten. Wir hatten in vielen Orten die Vertrauensmänner und daneben den sozialdemokratischen Verein, das gab zu manchen Mißheiligkeiten und Reibungen Anlaß. Das ist beseitigt, wenn der sozialdemokratische Verein das Zentrum der Bewegung bildet; dort kann die Schulung der Mitglieder weit besser vorgenommen werden. Ich be-

greife ja den Wunsch der Frauen, aber in den Staaten, wo sie Mitglieder sozialdemokratischer Vereine werden können, ist mitunter von einer Frauenbewegung nichts zu merken. Ich war jüngst in Bremen in einer entscheidenden Versammlung; in Bremen sind die Frauen durch kein Vereinsgesetz gehindert und doch kommen sie nicht in die Versammlung; zwei oder drei Frauen, die ihre Männer nicht allein lassen wollten, drückten sich zaghaft an der Wand, das war Alles. In Gießen fällt es den Frauen auch nicht ein, sich an der Bewegung zu beteiligen. Nur sollen wir unsere gute Organisation durchbrechen, nur um einzelne Frauen, deren parteieigentliche Tüchtigkeit ich anerkenne, die Möglichkeit zu geben, sich zu beteiligen. Nach unseren Erfahrungen beteiligten sich bisher Subalternbeamte und Staatsarbeiter auch nicht an unseren öffentlichen Parteiveranstaltungen. Darauf brauchen wir nicht besonders Rücksicht zu nehmen; mit der Kommissionsberatung bin ich einverstanden.

Hoch-Verlin III: Wir haben gar keine Veranlassung, an dem bisherigen Organisationsstatut, das sich durchaus bewährt hat, mehr zu ändern, als durch die gesetzlich geschaffene Lage geboten ist. Insbesondere erkläre ich mich gegen eine festere Organisation; die Tüchtigkeit wird nicht erst bedingt durch die Vereinszugehörigkeit, wir müssen auch Rücksicht auf die Frauen nehmen, die sonst Genossen zweiter Güte werden würden. Ebenso halte ich den Vorschlag betreffend die Geldmittel nicht gerade für sehr glücklich, wir sind bisher nicht schlecht gefahren, wie die Abrechnung zeigt, trotzdem in dem Statut die Verpflichtung der Unterstützung durch Geldmittel nicht ausgesprochen ist. Man kann auch Geld ausbringen, ohne daß es auf dem Papiere steht. Wohl aber bitte ich um Annahme des Antrags, betreffend das Recht der Delegierten auf Einsichtnahme der Bücher; es kann nicht schaden, wenn das ausdrücklich ausgesprochen wird.

Grimpe-Eberfeld: Gestern haben wir eine Plenardiskussion gehabt und heute scheint die Diskussion über den Organisationsentwurf in eine Frauendiskussion auszuarten. Die Beschwerden der Frauen über die Antipathie gegen die Frauenbewegung in der Partei sind unbedeutend. Einzelfälle darf man nicht verallgemeinern und durch besondere Bestimmungen im Organisationsstatut beseitigen wollen. Die Thatsache, daß man so vielfach unsere Genossinnen als Rednerinnen beansprucht, sollte doch zeigen, daß die Klagen unbedeutend sind; die Frauen beteiligen sich ja an der Bewegung auch in den Landesteilen so gut wie garnicht, wo vereinseigentliche Beschränkungen nicht vorhanden sind. Bezüglich der Beiträge zur Partei bin ich durchaus der Ansicht Auer's, aber was er sagte, steht eben nicht im Entwurf, und mit Rücksicht auf die arme rheinische Arbeiterbevölkerung muß ich bitten, den Antrag Eberfeld anzunehmen. Besonders gründliche Verhergung allerseits verdienen die Darlegungen Auer's über die Vertrauensmänner. Mit persönlichen und lokalen Fragen darf der Partei-Vorstand so möglich wenig behelligt werden, es ist durchaus falsch, die ganze Autorität der Parteileitung in die Wagchale zu werfen, um eine Persönlichkeit, die nur eine lokale Bedeutung hat, eventuell aus der Partei auszuschließen; das muß der Parteigenossen am Ort überlassen bleiben. In Bezug auf die fernere Entwicklung der Partei, die einen immer mehr föderativen Charakter annimmt, ist es geboten, daß die Parteileitung die Beschlässe der Landes- resp. Provinzialorganisation berniederschickt.

Siebekum-Dresden: Ein Theil des Widerspruchs gegen § 1 ist auf ein Mißverständnis zurückzuführen, insofern viele Genossen glaubten, daß sie neben den schon bisher gezahlten Beiträgen nun noch einen Egrabeitrag leisten sollen. Gegen den § 2 spreche ich mich aus, nicht zum Schutze der Parteigenossen, sondern des Vorstandes. Wenn der Vorstand einen Ausschlußbeschluß gefaßt hat und die Genossen am Orte fügen sich nicht, so bliebe dem Vorstand nichts übrig, als auf dem Parteitage die Kabinettsfrage zu stellen. Der Vorschlag von Wiesbaden kann so wie er ist unter keinen Umständen angenommen

werden, das wird ja in der Kommission in Anlehnung an ein bereits eingebrachtes Amendement näher erörtert werden. Gestern sagte Auer in seiner sehr interessanten und schönen Rede, daß die Bayern, zu denen ich mich doch wenigstens zu einem Viertel auch rechnen darf, nicht sehr galant gegen die Frauen seien, da sie eine streng zentralistische Vereinsorganisation eingeführt haben. Aber die Galanterie seiner Landsleute geht doch weiter, nämlich daneben ist gerade mit Rücksicht auf die Frauen auch die lose Vertrauensmänner-Organisation im Gange und zur Verbindung mit der deutlichen sozialdemokratischen Partei immer benutzt worden. Aber mit dieser Höflichkeit und diesem Entgegenkommen sind sie auf wenig Dank bei den Frauen gestoßen, denn von einer bahrischen Frauenbewegung ist nichts zu merken. Der Vorschlag des Entwurfs der sich mit dem „Vorwärts“ beschäftigt, kann so nicht angenommen werden, da er einen Zustand verkleinert will, der auf die Dauer nicht haltbar ist. Nehmen Sie an, auf diesem Parteitag wird die Wahlberechtigung in Preußen beschlossen und die Zusammenfassung der Berliner Preßkommission sei derart, daß sie aus strengen Gegnern der Wahlberechtigung bestände, so hätte sie es in der Hand, das Zentralorgan derart zu beeinflussen durch Auswahl der Redakteure oder sonstige Maßregeln, daß der „Vorwärts“ dagegen schriebe oder wenigstens nichts dafür thue. Solche Sachen sind ja, wie man erzählt, in Berlin schon dagewesen. Sei dem wie ihm wolle, es wird die beste Lösung sein, daß man das Zentralorgan überhaupt aufgibt und den Berlinern ihr Organ einfach überläßt, dann können sie und ihre Preßkommission natürlich auch mit der taktischen und prinzipiellen Haltung des „Vorwärts“ zunächst machen was sie wollen, aber jedenfalls ist ihnen doch nicht eine Art Oberkontrollrecht über die Haltung des Zentralorgans der Partei eingeräumt. (Beifall.)

Gewehr-Überfeld: Wir können bei der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse nicht das Prinzip der strengen Zentralisation durchführen; vielleicht wäre der Partei-Vorstand am ehesten dazu geneigt, aber auch er muß mit den gegebenen Thatfachen rechnen. Einen besseren Entwurf als den vorgeschlagenen werden wir kaum machen können. Ich möchte noch den im „Vorwärts“ vom Parteisekretariat erhobenen Vorwurf zurückweisen, als habe die Parteipresse einen Artikel von Parvus über die Organisation unbescheiden abgedruckt. Das stimmt nicht, ein großer Theil der Provinzpresse hat den Artikel nicht aufgenommen, weil es klar war, daß er vom grünen Tisch aus geschrieben war. Wundern muß ich mich darüber, daß so viele Genossen die wirklichen Verhältnisse unberücksichtigt lassen. Wir können ruhig da, wo es möglich ist, die Parteigeschäfte den Wahlvereinen überlassen. Daß ein Vertrauensmann bestehen muß, ist selbstverständlich; wie der Vertrauensmann gewählt wird, ob öffentlich oder vom Verein oder vom Vorstand, das ist doch gleichgültig; auf solche Wortklauberien sollten wir uns nicht einlassen. Meine Parteigenossen haben nur an dem Paragraphen, der vom Ausschluß handelt, etwas anzusetzen. Da erscheint mir der von Wiesbaden beantragte Vorschlag, der im Wesentlichen die Formalitäten des Ausschusses beim Alten läßt, richtiger. Noch besser wäre es, wenn beide Parteien den Vorstand als zweite Instanz anrufen könnten. Bezüglich der Frauenagitation stimme ich dem Genossen Schulz bei.

Henrich-Karlruhe: Die Karlsruher Genossen sind der Ansicht, daß das Gericht, das über den Ausschluß aus der Partei entscheidet, möglichst weit vom Ort der Streitigkeiten entfernt liegen soll. Deshalb sind wir im großen Ganzen für den Antrag Wiesbaden. Nur möchte ich, daß dem Gericht noch zwei Mitglieder der Kontrollkommission beigegeben werden, die doch gewiß unparteiisch sind. Bei uns in Karlsruhe hat es sich gezeigt, wie schädlich es ist, wenn die Genossen am Ort darüber entscheiden; da wird ein Genosse aus der Partei ausgeschlossen, eine andere Versammlung hob diesen Beschluß auf. Daß der Partei-Vorstand gegen den Ausschluß von Queb war, war für mich sehr interessant zu hören. Ich habe

also recht darin behalten. In der Frauenfrage sollten wir Mandarternmänner sein und das freie Spiel der Kräfte walten lassen.

Frau Zeffin: Ich siehe im Wesentlichen auf dem Boden des uns vorgelegten Entwurfs. Ich gehöre nicht zu denen, die, seien es sittliche, seien es sittliche Bedenken dagegen haben, daß im § 1 das Wort Geld enthalten ist. Es hört sich ja recht schön an, wenn in der Oper gesungen wird: Ach, das Geld ist nur Schimäre, im wirklichen Leben jedoch spielen sich die Verhältnisse nicht so einfach ab wie in der Oper, und wir als kriegsführende Partei bedürfen in ganz eminenter Weise der Mittel zu unserer Kriegsführung. Ich habe auch keine Bedenken gegen § 2, welcher dem Vorstand die Vollmacht erteilt, unter Umständen den Parteigenossen auszuschließen. Die dagegen geäußerten Bedenken scheinen mir doch in der äußersten Konsequenz, wie sie in den Artikeln von Parvus zum Ausdruck kommen, der Auffassung entsprungen, als ob die Sozialdemokratie eine kleine Sekte wäre, deren Mitgliedschaft sich auf den Vorstand beschränkt, und wo es die vornehmliche Tätigkeit des Vorstandes wäre, seine Mitglieder untereinander auszuschließen. Ich bin überzeugt, daß jeder Vorstand, auch ein Vorstand, der nicht so vollkommen und muftergiltig wäre, wie der, dessen Vorgänge uns Auer gestern so beredt geschildert hat, die Vollmacht, die ihm der § 2 giebt, weit weniger als eine Nachfülle betrachten würde, denn als eine Last, von der er sagen möchte: mich gelüftet nicht nach dem theuren Lohn. Aus praktischen Gründen bin ich dafür, daß wir dem Vorschlag Auer's entsprechend dem Antrag Wiesbaden, amendirt durch den des Referenten, zustimmen. Was die Zusammenfassung des Vorstandes betrifft, so bestürzte ich den Antrag Schulz und Genossen, den Partei-Vorstand um zwei Mitglieder zu vermehren. Dieser Antrag bedeutet durchaus nicht ein Mißtrauensvotum gegen den jetzigen Vorstand, aber der gleiche Grund, den Auer für die Vermehrung der Zahl der Kontrollreue angeführt hat, nämlich das Wachsen und die Ausdehnung der Partei, müßte dafür sprechen, daß mit Rücksicht auf die gestiegene Arbeitslast des Vorstandes zwei weitere Mitglieder zugezogen werden. Und derselbe Wunsch, den Auer gestern in Bezug auf uns Frauen geäußert hat, daß wir nicht nur Hunderte, sondern Hunderttausende wären, damit die Einzelnen nicht in Folge der Ueberlastung oft griesgrämig und grillos werden, denselben Wunsch äußere ich aus der gleichen wohlwollenden Gesinnung heraus in Bezug auf den Vorstand. Wir haben Grund, ihn zu entlasten, damit wir die einzelnen Mitglieder desselben und besonders unseren lieben Freund Auer jederzeit eben so liebenswürdig mit zwei Tannen Honig rechts und links vor uns sehen, wie wir ihn gestern und heute kennen gelernt haben. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.) Aber noch ein anderer Grund bestimmt mich, für den Antrag einzutreten. Zwar ist dieser Grund heiliger Natur, ich fürchte mich aber nicht, ihn auszusprechen, denn unsere Genossen im Partei-Vorstand sind ja Gott sei Dank nicht Wobedamen, die wegen einer Anspielung auf ihr Alter in Zittern und Angst gerathen. Man darf ruhig darauf hinweisen, daß alle Vorstandsmitglieder schon betagt sind, seit langen Jahren im Vordertreffen des Kampfes stehen, daß sie in hohem Maße überanstrengt sind. Ich will hier durchaus nicht die Rolle des Todtenküngens spielen und dem Vorstande ein memento mori zurufen. Wenn es Einen giebt, der dem Vorstande von Herzen das ewige Leben wünscht, so bin ich es. Aber unsere Wünsche haben keine zwingende Gewalt; das hat uns gerade der jähe Tod Liebknecht's gezeigt. Meine Erfahrungen haben mich zu der Ansicht geführt, daß zu der Erledigung der Parteigeschäfte eine langjährige Kontinuität des Arbeitsens notwendig ist. Ich würde es daher mit Freuden begrüßen, wenn jüngeren Kräften Gelegenheit gegeben würde, sich unter der bewährten Leitung unseres jetzigen Vorstandes allmählig einzuarbeiten, und ich glaube, daß ich mich da mit den geheimen Herzenswünschen unseres Auer begegne, der ja noch heute Morgen geschildert hat, wie erwünscht es wäre, wenn frisches Blut in

den Vorstand käme. Mir lag bis dahin diese Argumentation fern, aber als Auer so berechtigt davon sprach, da tauchte in mir der Gedanke auf: dem Manne kann vielleicht geholfen werden. (Heiterkeit.) Ich komme nun zu dem Paragraphen, der von den Trägern des Parteilebens handelt. Es wäre wünschenswerth, die jetzige Fassung des Status beizubehalten, wonach der Schwerpunkt des Parteilebens in den öffentlichen Versammlungen liegt. Es versteht sich von selbst, daß ich zunächst pro domo im Interesse des weiblichen Geschlechts dafür plädiere. So lange uns Frauen das Recht zusteht, in eigenen Versammlungen Vertrauenspersonen zu wählen, so lange wir sogar das Recht haben, in besonderen Frauenversammlungen Delegirte zu wählen, so lange können wir jederzeit in der Partei mitarbeiten. Aber von dem Augenblick, wo wir den Schwerpunkt des Parteilebens in allen Ländern in feste Organisationen verlegen ohne Rücksicht auf die Vereinsgesetzgebung, da nehmen Sie den Frauen das Recht, mitzuarbeiten. Es widerspricht dem Prinzip unserer Partei, daß wir Mitglieder haben, die wohl alle Lasten tragen und alle Pflichten erfüllen müssen, aber nicht alle Rechte haben dürfen. Aber nicht nur aus prinzipiellen, sondern auch aus praktischen Gründen wende ich mich dagegen. Denn wenn die Genossinnen nur mitarbeiten, aber nicht mitentscheiden dürfen, so nehmen Sie ihnen den Appell an ihr Persönlichkeitsgefühl, das zu den höchsten Leistungen anspornt. Gewiß kann man sagen, die Zahl der Frauen ist so klein, daß wir nicht Rücksicht auf sie zu nehmen brauchen; aber das legt ihnen nur die Pflicht auf, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Zahl der Genossinnen sich vergrößert. Sie können weiter die Leistungen der Frauen kritisieren, daß ist Ihr Recht und Ihre Pflicht. Zeigen Sie uns unsere Fehler, wir werden Ihnen dankbar sein. Aber eben so wenig wie Sie aus dem Umstande, daß viele Wähler das Wahlrecht garnicht oder in falscher Weise ausüben, die Berechtigung herleiten dürfen, auf das allgemeine gleiche Wahlrecht zu verzichten, ebensowenig dürfen Sie deshalb, weil gegenwärtig die Frauen noch nicht genug leisten, die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts beeinträchtigen. Ich verkenne nicht die Schäden, die darin liegen, wenn die Entscheidung über alle Fragen in Versammlungen liegt. Ebenso wie einem Ausspruch Friedrichs des Großen zu Folge der Herrgott mit den größten Schwadronen ist, so sind Volksversammlungen mit den größten Schwadronen. (Heiterkeit.) Aber gerade die freien Volksversammlungen gehören zu den wichtigsten Mitteln, um das demokratische Prinzip zu verwirklichen. (Lebhafter Beifall.)

Scheibe-Hartmannsdorf und einige andere Delegirte beantragen Schluß der Generaldiskussion. Frau Zhrer-Berlin spricht gegen den Schluß. Diese Frage ist die wichtigste, die den Parteitag beschäftigt. Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Sichorn-Mannheim: Mir wäre es lieber gewesen, der Schluß wäre angenommen, dann hätte ich mir meine Ausführungen gespart. (Große Heiterkeit.) Nun habe ich aber einmal das Wort. Die wenigen Aenderungen, die der Entwurf an unserem Statut bringt, werden unsere Partei sicher nicht ruinieren. Mit dem Beitragsvorschlag bin ich durchaus einverstanden. In der Frage des Ausschusses stehe ich auf dem Standpunkt des Antrags Wiesbaden. Wenn man das Amendement Bewehr-Elberfeld annimmt, dann kann man sich die von Fendrich vorgeschlagenen zwei weiteren Kontrollkommissionen sparen. Die juristischen Aenderungen hätte ich am liebsten ganz weggewünscht; es sieht immer wie eine Art Mißtrauen gegen die Delegirten aus, es wird jedenfalls eine reaktionelle Aenderung nothwendig sein. Zur Frauenfrage kann ich der Genossin Zhrer nicht recht geben, daß die Frauen nicht dieselben Rechte haben. Es kann ja jede Frau schon jetzt zum Vertrauensmann gewählt werden (große Heiterkeit) . . . zur Vertrauensperson, sie werden aber nicht gewählt. Es ist nun einmal vielfach wenig Geneigtheit vorhanden, die Frauen zu den

Zirkeln hinzuziehen, man hat ja wohl das Gefühl, daß dabei doch nichts Geschicktes herauskommt. (Heiterkeit.) Aber wir müssen eben die Frauen erziehen, und sie haben durchaus recht, wenn sie betheiligt sein wollen. Daher halte ich es für richtig, in das Statut eine Bestimmung aufzunehmen, die den Genossinnen das Recht giebt, an einzelnen Orten zur Förderung ihrer Agitation neben oder unter den Männern ihre Vertrauenspersonen zu wählen, die als gleichberechtigte Mitglieder an allen Arbeiten der Organisation theilnehmen können.

Hoffmann-Berlin IV: Zu § 1 ist von Berlin IV der Antrag gestellt, hinzuzufügen: „oder durch anderweitige Thätigkeit unterstützt“. Auer hat den ganzen ihm zur Verfügung stehenden Spott über diesen Antrag ausgeschüttet, indem er fragte, worin diese anderweitige Thätigkeit bestehen solle, etwa im Spazierengehen? Ich meine, man sollte doch Anträge, die in großen Versammlungen, in denen die thätigen Genossen anwesend waren und ernsthaft daran gearbeitet haben, gefaßt sind, nicht in solcher Weise der Lächerlichkeit preisgeben. Kein anderer Delegirter wird unseren Antrag so verstanden haben, wie Auer. Ich lade Auer ein, solche Spaziergänge, wie ich sie verstehe, mit uns zu machen, Flugblätter zu verbreiten, treppauf, treppab; es ist ihm vielleicht aus früherer Zeit nicht mehr erinnerlich, daß diese Thätigkeit unter Umständen viel mehr werth ist, als 20 oder 25 Pf. pro Monat, wenn man sonst nichts für die Partei thut. Ich meine, diese anderweitige Thätigkeit ist eine der Hauptthätigkeiten. Prozentual, sagt Auer, würde Berlin ja auf die einzelnen Mitglieder der Partei bedeutend weniger leisten, als die übrigen. Das mag zugegeben werden, ist auch ganz erklärlich, kein Ort hat so viel Zufluß wie Berlin, gerade aus den dunkelsten Gegenden Deutschlands, von denen, die immer wieder erst neu angeleitet werden müssen. Aber so nothwendig das Geld ist zum Kriegsführen, der Hauptwerth liegt in der anderweitigen Thätigkeit, in der so nothwendigen Kleinarbeit. Wenn angeführt ist, daß Zehntausende Staatsarbeiter garnicht Mitglieder der geschlossenen Organisation werden können, so wäre es um so nothwendiger, den Antrag 35 ein wenig zu berücksichtigen, wenn auch nicht in der Form, wie er vorliegt, mit einem vorgeschriebenen Beitrag von 20 oder 25 Pf., aber daß das den Wahlkreisen empfohlen wird, wie es bereits in mehreren Wahlkreisen eingeführt ist, einen freiwilligen Wochenbeitrag einzuführen, der es ermöglicht, auch diejenigen heranzuziehen, die nicht Mitglieder einer festen Organisation werden können. Was den Ausschluß aus der Partei anlangt, so dürfen die Rechte der Kreise nicht geschmälert werden. Bezüglich der Vertrauensmänner-Organisationen stehe ich durchaus auf dem Standpunkt der Genossin Zellin. Die Art, wie Albrecht die Sache behandelt, der sagt: ja wir haben die Organisation in die Vereine hineingelegt, wir haben in Anhalt keine Frauen und bis das kommt, können wir ja abwarten — die platonische Liebe Albrecht's wird den Frauen wenig nützen. (Heiterkeit.) Wir müssen darauf gefaßt sein, daß, wenn einmal wieder ein härterer Wind weht, man in Preußen, odgleich bei uns Frauen in Vereinen nicht sein können, es als einen Verstoß gegen das Vereinsgesetz ansieht, wenn Vereine in anderen Bundesstaaten, die Frauen als Mitglieder haben, mit unseren in Verbindung treten. Sie wissen ja, daß ein richterliches Urtheil oft davon abhängt, ob über dem Richterkollegium der Geist eines Brausewetter schwebt oder nicht. Aus allen Gründen halte ich das Vertrauensmänner-system für das Beste. Zu dem Antrag auf Verstärkung des Partei-Vorstandes um drei Mitglieder habe ich nach den vorzüglichsten Ausführungen der Genossin Zellin nichts weiter zu bemerken. Der Antrag zu § 14, das Gehalt des Leiters der Buchhandlung auf dem Parteitage festzusetzen, ist eine Konsequenz der geistigen Haltung, und ich glaube, daß der Parteitag dem zustimmen wird. Was für den Partei-Vorstand in dieser Beziehung gilt, muß auch für die Buchhandlung

gelen und umgekehrt; solchen Vorkommnissen muß für die Zukunft ein Niegel vorgehoben werden. Ebenso ist es mit dem § 18. Wenn im Antrag 31 verlangt wird, daß die Buchhandlung der Kontrolle der Preßkommission unterstellt wird, so ist damit nicht gemeint, lediglich der Kontrolle der Berliner, sondern neben dem Vorstände und der Kontrollkommission; dann haben die Berliner ein Drittel mitzureden. Wenn von 10 Pct. gesprochen wird, so versteht man, daß die Provinz Brandenburg meist durch die Berliner Buchhandlung mit versorgt wird. Und wenn wir auf unser Recht verwiesen werden, hier auf dem Parteitag unsere Proteste vorzubringen, so haben wir ja gestern gesehen, daß der Protest zu spät kommt. Wandel muß geschaffen werden; wollen Sie den Berlinern das Recht nicht einräumen, dann schaffen Sie eine andere Instanz. Südekum meint, wir könnten nach § 18 ja nur Gegner der Wahlbeteiligung in die Redaktion setzen. Wenn die Wahlbeteiligung beschlossen wird, so haben die Berliner bisher gezeigt, daß sie Disziplin besitzen. Beschließt der Parteitag die Wahlbeteiligung, dann werden wir uns schon aus dem Grunde dem Beschluß fügen, um Ihnen zu zeigen, daß wir recht haben und daß wir mit der Wahlbeteiligung die blamirten Europäer sind. (Geiterkeit.) Wir sind nicht angekränkt von den sächsischen Verhältnissen, wie es bei Südekum schon der Fall zu sein scheint. (Geiterkeit.) Deshab sind seine Befürchtungen überflüssig.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Der Punkt „Organisation“ geht mit sämtlichen dazu gestellten Anträgen an eine Kommission von 25 Mitgliedern. Die Kommission wird aus folgenden Genossen zusammengesetzt: Volkmar-München, Wafner-Stuttgart, Böhle-Strasbourg, Duard-Franfurt a. M., Gewehr-Elberfeld, Stubbe-Hamburg, Meister-Hannover, Ernst-Berlin VI, Stadthagen-Berlin, Scholz-Berlin II, Eberhardt-Charlottenburg, Schubert-Zeitow-Weeslow, Haase-Königsberg, Sindermann-Dresden, Kühn-Langensielau, Bieg-Hamburg, Zhrer-Berlin V, Auer-Berlin, Kaden-Dresden, Scherm-Münster, Opficius-Pforzheim, Berthold-Darmstadt, Betkin-Stuttgart, Wetterlein-Cera und Albrecht-Halle.

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Ulrich.

Ulrich-Berlin erstattet den Bericht der Mandatprüfungs-Kommission: Anwesend sind 198 Delegierte mit 226 Mandaten. Hinzu kommen 5 Mitglieder vom Partei-Vorstand, die Mitglieder der Kontrollkommission, 80 Mitglieder der Reichstagsfraktion (ohne Mandate), der Vertreter des Hamburger Parteigeschäftes, der Vertreter der Redaktion des „Vorwärts“, sowie die vom Ausland erschienenen Gäste, Bernerstorfer, Dr. Ellenbogen und Kemec aus Oesterreich und B. Arken vom kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein in London. Die Kommission beantragt, sämtliche Mandate, mit Ausnahme von zweien, gegen welche Protest eingelegt ist, für gültig zu erklären.

Der Mandatprüfungs-Kommission ist ein Schreiben von Raitz, dem Delegierten des zweiten Münchener Wahlkreises, zugegangen, in dem er mittheilt, daß er wegen der Lage des Schreinerkreises in München nicht in der Lage sei, sein Mandat auszuüben. Das Schreiben wird durch Kenntnignahme erledigt.

Gegen die Art der Wahl von Ewers (Hildesheim-Alfeld) ist ein Protest eingegangen; diese Wahl soll in einer Vereinsitzung erfolgt sein, deren Tagesordnung nicht einmal öffentlich bekannt gewesen sei. Die Mandatprüfungs-Kommission beantragt, diesen Protest für erledigt zu erklären, da Ewers seine Wahl durch eine nachträgliche öffentliche Wahl hat bestätigen lassen. Inzwischen macht die Mandatprüfungs-Kommission darauf aufmerksam, daß ein Beschluß

des Breslauer Parteitages es den Genossen ausdrücklich zur Pflicht macht, ihre Delegierten zum Parteitag in öffentlichen Versammlungen zu wählen. Gegen diesen Beschluß ist in einer Anzahl von Fällen verstoßen worden. Die Kommission scheidet trotzdem von einem Antrag auf Ungültigkeitserklärung dieser Mandate ab, da sie es in Anbetracht dessen, daß durch die Venderung der Vereins-geschäftsbildung die Grundlage für jenen Breslauer Beschluß fortgefallen ist, diesmal ausnahmsweise für statthaft hält, von jenem Beschlusse abzuweichen. In Zukunft wird durch das neue Organisationsstatut diese Angelegenheit aus der Welt geschafft sein.

Ein zweiter Protest richtet sich gegen die Wahl von Grünwald-Hamburg I, der gleichfalls in einer Vereinsversammlung gewählt ist, was aber nicht beanstandet ist, und der als Vorsitzender des Vereins mit Unterstützung der übrigen Bureaumitglieder das Wahleresultat festgestellt haben soll. Die Kommission beantragt, da nirgends im Organisationsstatut die Feststellung eines Wahleresultats durch den Vorsitzenden unterlagt ist und wegen der völligen Unsubstantiiertheit des Protestes, denselben abzuweisen. Will man etwa eine Fälschung vorwerfen? Dann müßte man doch wenigstens versuchen, Beweise zu erbringen.

Grünwald-Hamburg I: Wir haben die Wahl in einer Mitgliederversammlung vorgenommen, weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß sich sonst eine ganze Reihe von Personen an der Wahl beteiligen, die garricht im Wahlkreis wohnen und die wir zum Theil auch garricht als Parteigenossen betrachten können. Ich habe in jener Sitzung nicht den Vorsitz geführt und erkläre es auch für eine Unwahrheit, daß ich das Resultat festgestellt hätte. Auf das thörichte Gerübe von einer Unrichtigkeit des Wahleresultates lasse ich mich nicht ein; Jeder blamirt sich so gut, wie er kann.

Frau Jien: Mir, als der durchgefallenen Gegenkandidatin, ist es gewiß unangenehm, hierzu zu sprechen; ich habe aber die Pflicht, Irrthümer richtig zu stellen. Der Protest stützt sich hauptsächlich darauf, daß der Kandidat das Wahleresultat mit feststellte. Die Genossen, die den Protest erhoben, sind der Meinung, daß das unbedingt unzulässig ist, um so mehr, da man im III. Hamburgischen Wahlkreis damit schlechte Erfahrungen gemacht hat. Wird also an dem Resultat auch nichts geändert, so ist durch die Vespprechung des Falles hier der Zweck des Protestes erreicht. Aber wenn ich auch im Prinzip nichts gegen Mitglieder-versammlungen hätte, ist es doch ein Unrecht, eine ganze Reihe von Personen, die wohl zur Partei gehören, wenn sie auch nicht Mitglieder eines Wahlvereins sind, von der Wahl auszuschließen. (Zuruf: Mit vollem Recht.)

Schöpfku-Chemnitz: Ich bitte, der Vorrednerin nicht zu folgen, sonst müßten mein Mitdelegirter Niemann und ich auch unsere Mandate niederlegen. Bei uns kommt auch Niemand herein, der sich nicht an der Thier als Parteigenosse ausweisen kann. Wir haben es nämlich satt, daß Leute, die man sonst Jahre lang nicht zu sehen bekommt, zu einer ganz bestimmten Sache kommen. (Sehr gut!) Den Chemnitzern ist es nicht eingefallen, das für unzulässig zu erklären. Solche Dinge sind doch ganz merkwürdig; es scheinen mir das gewisse spezifische Frauentarotten zu sein. (Geiterkeit und Beifall.)

Grünwald-Hamburg: Wir machen es den Frauen sehr bequem, sich als Parteigenossinnen zu betheiligen; sie brauchen nur 10 Pf. monatlich zu zahlen und haben dann alle Rechte. Wir sind in Hamburg an eine strenge feste Organisation gewöhnt, wir machen den Anspruch, daß, wenn einer sich Genosse nennt, er es auch zu beweisen hat. Wenn unsere Frauen nicht Opfer bringen, dann sollen sie auch nichts zu jagen haben.

Ewers-Hannover 10: Um das Interesse an der Agitation zu wecken, haben wir beschlossen, die Wahl in einer Mitgliederversammlung vorzunehmen und eine Kreisconferenz hat unseren Beschluß gutgeheißen. Als mir dann mit-

getheilt wurde; daß ein Protest eingereicht worden sei, haben wir nachträglich die Wahl durch eine öffentliche Versammlung bestätigen lassen.

Frau Steg: Es ist unrecht, Jeden, der seinen Willen nicht beiträgt, nicht als Parteigenossen zuzulassen. Wir weisen sie doch nicht zurück, wenn sie uns bei den Reichstagswahlen ihre Stimmen geben. (Rachen.) Ich weise es entschieden zurück, daß es sich hier um eine Frauenmarotte handelte. Den Protest haben eine ganze Anzahl Genossen erhoben, nicht ich. Ich hatte persönlich dazu um so weniger Anlaß, da ich ja trotzdem nicht von der Thätigkeit auf dem Parteitage ausgeschlossen war. Da von mir der Fall rein sachlich behandelt, hätte ich erwartet, daß es auch von der anderen Seite geschehe.

Die Diskussion schließt hiermit. Die Anträge der Mandatsprüfungs-Kommission werden angenommen.

Es folgt der sechste Punkt der Tagesordnung: **Maifeier.**

Hierzu liegt die folgende Resolution 63 vor:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Fest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Weyner-Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich werde Ihre Zeit nicht lange in Anspruch nehmen. Anträge liegen zu diesem Punkt nicht vor. Ich will nur einen kurzen Rückblick darauf werfen, wie die Maifeier bisher begangen wurde, und da kann ich nur sagen, daß ein Theil der Arbeiter den 1. Mai feiert, während ein anderer Theil ihn unbeachtet läßt. Wenn das, was in meiner Resolution ausgedrückt ist und was sich vollständig mit unseren früheren Beschlüssen deckt, zur Ausführung gelangen soll, so muß es doch in erster Linie Pflicht jedes Arbeiters sein, soweit es in seiner Macht steht, den Inhalt der Resolution auch durch die That zu befolgen. Ich empfehle Ihnen einfach die Annahme der Resolution und bitte dafür zu sorgen, daß ihr Inhalt mehr als leider in letzter Zeit beachtet wird. (Beifall.)

Der Parteitag nimmt die Resolution debattelos und einstimmig an. Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet die **Weltpolitik.**

Hierzu liegt die Resolution 64 vor.

Singer-Berlin: Parteigenossen! So ehrenvoll es für mich auch ist, vor dem Parteitag zu referieren und so sehr ich der Meinung bin, daß jeder Parteigenosse die Pflicht hat, die Aufgaben, die ihm im Interesse der Partei gestellt werden, zu erfüllen, so werden Sie es doch begreifen, wie schwer es mir wird, gerade heute über dies Thema vor Ihnen zu sprechen, wenn ich daran denke, wer eigentlich an dieser Stelle stehen sollte. Die Parteileitung hat die Weltpolitik auf die Tagesordnung gesetzt auf Anregung, jedenfalls unter lebhafter Zustimmung unseres großen Todten Wilhelm Liebknecht. Es war eine seiner letzten Arbeiten im Dienste der Partei, als er mit uns gemeinsam die Gründe besprach, die es uns zur Pflicht machen, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Es hieß: Gehen nach Athen tragen, wollte ich vor Ihnen auseinandersetzen, wie geeignet gerade Liebknecht zur Erörterung der Weltpolitik gewesen wäre. Das Geschick, welches ihn und uns betroffen, hat es anders gefügt und ich kann Sie nur bitten, mit dem Vorlieb zu nehmen, was ich an Liebknecht's Stelle, in dem der Widerspruch gegen die Weltpolitik ja seinen kraftvollsten Vertreter hatte, bieten kann.

Gegenüber der Einmüthigkeit, mit der die gesammte Parteipresse und alle Parteiversammlungen sich gegen die abenteuerliche, gewalttame und die Volkskraft verheerende Weltpolitik ausgesprochen haben, wäre es übel angebracht, wollte ich den Parteitag mit langen Ausführungen behelligen. In der von der herrschenden Klasse betriebenen Weltpolitik wird der Gegensatz zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Welt offenbar. Im Kampf gegen den Militarismus, welcher der Träger der europäischen Weltpolitik ist, findet die Sozialdemokratie ihren Beruf, und ich glaube recht zu haben, wenn ich behaupte, daß die Weltpolitik, die jetzt betrieben wird, wesentlich durch diejenigen Erscheinungen in der bürgerlichen Gesellschaft verursacht wird, welche die Sozialdemokratie am allerenergischsten zu bekämpfen hat.

Ich habe Ihnen eine Resolution unterbreitet, und ich möchte an der Hand derselben nachweisen, wie nothwendig es ist, daß der Parteitag Stellung zur Weltpolitik nimmt. Während wir uns bisher mehr oder weniger mit der Regelung unserer Partei-Angelegenheiten beschäftigt haben, während wir uns bisher damit beschäftigt haben, unsere Organisation zu einer thatkräftigeren zu gestalten, befassen sich die nächsten Gegenstände der Tagesordnung mit den allgemeinen Verhältnissen. Es sind Gegenstände, die die Arbeiterklasse auf das Tiefste berühren; das gilt sowohl von der Weltpolitik, als auch von der Verkehrs- und Handelspolitik.

Meine Resolution legt einleitend den Zweck der Weltpolitik dar und führt aus, worauf sich diese Politik stützt. Es heißt da zu Anfang: Der Parteitag erklärt:

„Die zum Zweck kapitalistischer Ausbeutung und militärischer Machtentfaltung betriebene Welt- beziehentlich Kolonialpolitik, wie sie neuerdings auch in dem Zuge nach China zum Ausdruck kommt, entspringt in erster Linie dem habgierigen Verlangen der Bourgeoisie nach neuen Gelegenheiten zur Unterbringung des stets anschwellenden Kapitals, dem die Ausbeutungsgelegenheiten im Inlande nicht mehr genügen, sowie dem Drang nach neuen Absatzmärkten, die jedes Land für sich zu usurpiren trachtet.“

Ich bitte Sie, diesen Sätzen zugustimmen. Es entspricht ja der Geschichts- und ökonomischen Auffassung der Sozialdemokraten, die Ursachen festzustellen, welche in der Politik in Erscheinung treten, und es kann nach meiner Meinung nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß wir die Gründe dieser abenteuerlichen chauvinistischen Weltpolitik zu suchen haben in der Beutegier des Kapitalismus. Die Entwicklung des Kapitalismus hat dahin geführt, daß durch die Konzentration des Kapitals und durch die dem Kapital innewohnende Expansionskraft er seiner Sier nach Vermehrung nicht mehr im Inlande Ausdruck geben kann. Das Streben des Kapitalismus geht dahin, alle Ausbeutungsgelegenheiten zu benutzen, welche es ihm ermöglichen, sich immer mehr zu konzentriren.

Diese Politik beruht, wie ich weiter in meiner Resolution sage, auf der gewaltthätigen Aneignung fremder Ländergebiete und der rücksichtslosen Unterjochung und Ausbeutung der in denselben wohnenden Völkerschaften; sie führt aber auch nothwendig zur Demoralisation und Verrohung der ausbeutenden Elemente, die ihre Raubjucht durch die verwerflichsten, ja selbst unmenschlichsten Mittel zu befriedigen streben und dadurch fortgesetzt Empörungen der Mißhandelten hervorgerufen.

Wer die Entwicklung dieser Weltpolitik in den letzten Jahren beobachtet hat, der weiß, daß die Folgen dieser Politik in diesen Sätzen richtig gekennzeichnet worden sind. Im Namen der Zivilisation, im Namen der Kultur wird sie angeblich betrieben, die Mittel aber, welche für sie angewendet werden, sind der blutigste Hohn auf Zivilisation, auf Kultur. Diese Weltpolitik ist eine Raubpolitik, eine Eroberungspolitik, die unbekümmert um die Gesetze der Moral und